

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebührt für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 3 Goldpfennige, Porto extra

63. Jahrgang

Leipzig, den 24. Januar 1925

Nummer 7

Politische Neuorientierung

Neuorientierung ist ein neudeutsches Wort, das noch vom alten offiziellen Deutschland herausgesteckt wurde, um kurz vor zwölf einen Brückenstich vorzunehmen zu den Ufern der herandrängenden neuen Zeit, in der das halbabsolutistische Staatsregiment ausgepielt haben mußte. Theobald v. Bethmann Hollweg war der „Erfinder“ der politischen Neuorientierung und meinte es damit zweifellos ernst. Er war im Juli 1909 Nachfolger des Oberflächenvirtuosen Bernhard v. Bülow geworden, der schöne Wortgirlanden zu winden verstand, aber nicht imstande war, den in bunter Fülle bei seinem „allergnädigsten Herrn“ kommenden Eingebungen und Einfällen staatsmännisch weisen Widerstand zu leisten. In der auswärtigen Politik hat er sogar noch mit eignen Kapitalböden (Marokkoaffäre) seinem Herrn und Meister Konkurrenz gemacht. Wenn der „alle ehrliche Seemann“ Tirpis nicht so unrecht hat mit seinem Ausspruch: „Wir sind in den Weltkrieg hineingeschlittert“, dann kommt das auch mit auf Bülows Konto. Dieses „auch“ hat jedoch noch viele Teilhaber, nicht am letzten den Flottenrohrkünstler Tirpis. Bülow war aber ein Mann von politischer Kultur, die nur zu einseitig gewesen ist und von seinen Fehlern überwuchert wurde. Nach seiner Meinung muß ein jeder Staatsmann eine Rhinoseroshaut haben. Er hat sie jedoch auch nur bis zu einem gewissen Grade besessen. Die parlamentarischen Trabanten des Großagrariertums, die er sogar mit dem Menetekel, daß sie sich noch einmal nach den Bülowischen Fleischöpfen zurückkehren würden, nicht zu schrecken vermochte, machten ihm das Kanzlerdasein gar zu sauer. Er ging.

Bethmann Hollweg übernahm sein schon reichlich belastetes Erbe und mußte nach fünfjähriger Tätigkeit, die angefüllt war von den stärksten Zusammenstößen mit den konservativen Heißspornen, denen der älteste Kaiserjohn sogar einmal in offener Reichstagsverhandlung sekundierte, gar auch die Miesentatastrophe des Weltkrieges in Kauf nehmen. Bethmann Hollweg kann nicht verantwortlich gemacht werden, daß das Kriegsunglück nicht abgewendet werden konnte. Dazu war seit dem Jahre 1888, in dem sogenannten wilhelminischen Zeitalter, viel zuviel Unheil angerichtet und sonst angeammelt worden. Die großen Weltkinder sind ja auch nicht nur in Deutschland zu finden. Bethmann Hollweg hätte auch mit seinem Rücktritt den Kriegsausbruch nicht verhindern können. Das wäre nicht bloß als Freigabe ausgesprochen worden, man hätte in den Zukunftagen von 1914 jedenfalls den sogenannten Ebertschen Landesverrat schon schnell für Bethmann Hollweg erfunden.

Der genau acht Jahre am Ruder gewesene fünfte Reichskanzler war also um seine Regierungsperiode (14. Juli 1909 bis 14. Juli 1917) wahrlich nicht zu beneiden. Drei Jahre lang, vom August 1914 an, hat er ja blutwenig zu melden gehabt. Mars regierte die Stunde, und die militärischen Gewalttäter diktierten auch in der inneren Politik. Diese wollte aber Bethmann Hollweg umstellen. Das parlamentarische Regierungssystem wird sein weiter liegendes Ziel gewesen sein, das des allgemeinen Wahlrechtes in Preußen war sein direktes. Von dem größten Bundesstaat wäre dann die Zwangsläufigkeit für die andern Reichsländer eingetreten. Die das allgemeine Wahlrecht für Preußen in Aussicht stellende Osterbotschaft von 1917 war ein Ereignis, das eine gründliche politische Neuorientierung in Deutschland bedeuten konnte. Das preußische Dreiklassenwahlrecht war jedoch bei den Gegnern der Demokratisierung Deutschlands ein Bollwerk, das sie nicht aufgeben wollten; „Massenherrschaft“ nannte auch die „Deutsche Arbeitsbeziehung“ das allgemeine Wahlrecht, zu dem obendrein noch die Verheißung der Gleichheit fehlte. Die „Revolution von oben“ machten also die Kreise, die heutzutage in der Deutschnationalen Partei dicht zu finden sind, absolut nicht mit, und von den Nationalliberalen, die sich heute Deutsche Volkspartei nennen, waren nicht viele von diesem klugen staatspolitischen Akte überzeugt. Diese Leute, die zum Teil heute noch in den jetzt zur politischen Macht gekommenen Rechtsparteien am Ruder sind, wollten von dem ehrlichen Schritte des ihnen überhaupt viel zu sehr in die Tiefe lodenden Bethmann Hollweg nichts wissen. Sie tobten und desavouierten König und Ministerpräsident. Daß sie damit einen mächtigen Dolchstoß von der Heimat aus gegen die Kriegskonten führten, wollen sie in ihrer Unerschlichkeit auch jetzt noch nicht zugeben. Der Landesverrat soll bei Ebert mit seiner Treptower Rede im Januar 1918 liegen, nicht bei ihnen, den Dolchstößern schon vom Jahre 1917, auch nicht bei denen

schwerindustriellen Kalibers vom Jahre 1923, die mit der Rubrikation und der Währungsatastrophe fluchbeladen sind. Die göttliche Dreieinigkeit: erstkonservative Herrschaft, Ludendorffs ganz-absolutistische Regiererei und des Kronprinzen alte Rechnung, stützten Bethmann Hollweg dann im Juli 1917 brutal. Die sehr kurzlebige und blamable Ara Michaels (dreieinhalb Monate) hernach zeigte drastisch, wohin die Fahrt mit einer unpolitischen Regierung geht, die aber nach der Pfeife der Rechte: tanzen muß.

Bethmann Hollweg hat während der Kriegszeit seine Neuorientierung in Bezug auf die Arbeiterschaft in Anwendung gebracht, soweit es ihm nur möglich war. Die Heranziehung von Arbeitervertretern kam unter ihm in Fluß. August Müller, Alexander Schlichte, Robert Schmidt waren die ersten, die er auf höhere Posten stellte. Ob immer genügend Gelegenheit genommen wurde von der Arbeiterschaft, hineinzubringen in die Staatsmaschinerie, oder ob immer mit dem nötigen Nachdruck darauf hingearbeitet worden ist, kann nicht einfach mit Ja oder Nein beantwortet werden. Man hört z. B. die Meinung, bei der Außenhandelskontrollstelle hätte die Arbeitervertretung stärker sein können. Das geht aber manchmal oder meistens schon über Bethmann Hollwegs Zeit hinaus. Ist der Philosoph von Hohenfinow auch mit der großen politischen Neuorientierung (allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht in Preußen) gescheitert, weil die Widerstände zu groß waren, so hat er mit der sozialen Neuorientierung doch beachtenswerte Anfänge geschaffen. Die Mikrobitterung des Wortes und des Begriffes Neuorientierung ist von seinen vielen Gegnern praktisch nach seinem Rücktritt erst recht vorgenommen worden. Die Mannen der sozialen Reaktion wollten und wollen stets ihr Gestein retten in das Heute, weil sie kein Morgen fühlen.

Manches und darunter Großes haben sie aber doch nicht verhindern können, denn die Revolution von 1918 hat unüßlich starke Neuorientierungen gebracht. Nach der ganz tauben Ara Michaels kamen als Reichskanzler: Graf Hertling und Prinz Max von Baden, der zum parlamentarischen System überging. Die Revolutionsregierung mit den sozialdemokratischen Volksbeauftragten brachte das allgemeine Wahlrecht in ganz Deutschland schon von 20 Jahren an und das Frauenstimmrecht, das den Rechtsparteien so zum Vorteil ausgeschlagen ist, obwohl sie es am heftigsten bekämpft haben; der Achttundentag, die völlige Koalitionsfreiheit sowie die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge sind als nächstgroße Neuorientierungen zu nennen. Scheidemann, Bauer, Herr Müller waren dann drei hintereinanderfolgende sozialdemokratische Reichskanzler vom 13. März 1919 bis 21. Juni 1920. Die Weimarer Verfassung und das Betriebsrätegesetz sind die hauptsächlichsten Neuorientierungen in diesem kurzen Zeitraum. Der Geist von Weimar war und ist gut, aber wirklich lebendig soll er erst noch werden. Um das Betriebsrätegesetz hat es vor seiner Annahme im Februar 1920 blutige Köpfe gegeben; die damaligen extrem-linken Arbeiterparteien Unabhängige und Kommunisten wollten absolut das Zustandekommen dieses Gesetzes verhindern. Daß es in dieser Zeit nicht gelang, den Achttundentag geschicklich zu verankern, wie eine politische Terminologie lautet, ist ein Verhängnis geworden. Es folgten darauf zwei Zentrumsreichskanzler: Fehrenbach und Wirth. Beide stehen in ihrer Partei links. Wirth, während dessen Amtszeit die politische Reaktion zwei Ministermorde (Ersberger und Rathenau) auf ihr Gewissen lud, war der Mann ehrlichen Faktierens mit der Sozialdemokratie (Kleine Koalition) und bekannte sich zum ausgesprochenen Gegner eines Bürgerblocks. Joseph Wirth ist noch der bestgehabte Mann bei den Rechtsparteien. Cuno war alsdann die erste Bescherung mit einem Fachministerium; er ist der Inflationskanzler gewesen, wobei ihm Helfertich nichtministerieller und unbedingter Berater war. Nun kam Stresemann zweimal hintereinander als Reichskanzler an das Ruder. Die große Koalition machte er zunichte mit der Art, wie er mit den in der Regierungsminderheit sich befindenden sozialdemokratischen Ministern umsprang, gegen die links regierten Bundesstaaten Sachsen und Thüringen vorging und sich gegen die Hitler-Ludendorff-Putscherei in Bayern samt dem reaktionären Diktator Kahr ohnmächtig erries. Stresemann ist mit einer Rhinoseroshaut ausgerüstet, die über Bülowische Begriffe geht, übertrifft ihn auch als Oberflächenvirtuose und als Oberflieger alles Dagegen. Wie er zeitweilig die Deutschnationalen attackierte und dann ihnen beständig nachstief, um sie in die Reichsregierung zu bringen, wie er gegen ein Regieren mit der Sozialdemokratie Sturm gelaufen und Deutschland von einer Regierungskrise in die andre gestürzt hat, das

zeugt von einer Wandlungs- und Leistungsfähigkeit, die Gott sei Dank einzig darsieht. Er ist der Vater der jetzigen ersten Reichsregierung und will mit der von ihm beim letzten Wahlkampfe erfundenen „nationalen Realpolitik“ aus der Bethmann Hollweg'schen Neuorientierung Kaffee verkehrt machen. Sein Nachfolger als Reichkanzler ist der belohnende, hochanständige Dr. Marx gewesen. Sein Verdienst ist die Stabilisierung der deutschen Währung, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die trotz Stresemann als Außenminister erreichte Besserung der Beziehungen Deutschlands zum Ausland sowie die Annahme des Dawes-Planes, wobei die Deutschnationalen nur zur Hälfte mitmachten. Der dritte Zentrumskanzler Marx wurde von Stresemann nach der Wahl vom 7. Dezember gestürzt, weil jener ihm bei einer Rechtsregierung im Wege stand. Das Stresemann ja an das Ziel seiner Wünsche gelangen konnte, ist mit das traurige Verdienst der Kommunisten, die mit ihren 45 Stimmen im Reichstage doch der Politik einen andern Dreh geben können, wenn sie nur wollen; aber sie stimmten ja selten mit den Sozialdemokraten, sondern meistens mit den reaktionären Parteien.

Nach langer Regierungskrise im Reiche ist nun mit Dr. Luther an der Spitze, aber doch nur als „Strohredakteur“ für Stresemann, die Rechtsregierung soweit zustande gekommen, daß sie sich am 19. Januar endlich dem Reichstage vorstellen konnte. Luther hat als Reichsfinanzminister für die Arbeiterschaft im üblichen Sinne von sich reden gemacht, indem er im Januar v. J. an den Reichsarbeitsminister das Ersuchen richtete, dafür zu sorgen, daß die Schlichtungsausschüsse in ihren Schiedsprüchen nicht über das Lohnniveau der Staatsbediensteten hinauszugehen. Einmal könne das Reich keine höheren Löhne und Gehälter zahlen, zum andern hätten sich verschiedene Unternehmerverbände beschwerdeführend an ihn gewandt, daß sie erhebliche höhere Löhne bezahlen müßten. Die Preise sollten doch aber gesenkt werden. Eventuell müßte durch eine Verordnung auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes (mit dem Luther auf dem Steuergebiete sehr stark gearbeitet hat) die Schlichtungsbehörden angehalten werden, nicht über die Lohn- und Gehaltsätze des Reiches hinauszugehen. Der Reichsarbeitsminister antwortete darauf, die Löhne und Gehälter des Reiches seien derzeit so niedrig, daß von einer Hebung der Kaufkraft zur Wiederbelebung der Wirtschaft keine Rede sein könne, wenn die Privatwirtschaft nicht höhere Löhne zahlen sollte. Das sei ein unbilliges Verlangen. Er halte auch „eine Bindung der Schlichtungsbehörden durch eine Art Sperrgesetz“ für unvereinbar mit der Freiheit des Tarifvertrages und der Eigenart des Schlichtungswesens“. Diese glatte Absage durch Brauns war gut. Luther wird daraufhin sich bedankt haben, Unternehmerverbänden zuliebe den Lohnabbau zu propagieren. Der eigentliche Schuldige an dieser Lohnrückwärts war aber nicht der Reichsfinanzminister Luther, sondern der Ministerialdirektor v. Schlieben, der daraufhin in die Wüste geschickt wurde; die Antwort von Brauns war zu dick ausgefallen. Den Herrn v. Schlieben, der bei den Lohnverhandlungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden immer sehr schneidig und abweisend auftrat, hat man nun am 19. Januar eine Stunde vor Reichstagsbeginn wieder aus der Versenkung heraufgeholt und diesen verkappten Deutschnationalen zum Reichsfinanzminister gemacht.

Was das mit Ach und Krach erst in allerletzter Minute komplett gewordene neue Kabinett als sein Regierungsprogramm vom Stapel gelassen hat, ist gewiß nicht arm an Verheißungen. Der Reichkanzler Luther brachte es sogar fertig, „die republikanische Verfassung vom 11. August

1919“ als rechtliche Grundlage der Regierungsarbeit zu bezeichnen und ihre energische Verteidigung anzukündigen. Wenn die deutschnationalen oder die völkerverfeindlich gesinnten Mitglieder der neuen Regierung — und das ist doch ihre Mehrheit — dabei an die ominöse Bewertung der Friedensresolution des Reichstages durch Michaelis gedacht haben: „wie ich sie auffasse“, dann ist das Bekenntnis zur Republik durch die Rechtsregierung nicht sensationell. Die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) sollen loyal durchgeführt werden. Durch die noch nicht perfekt gewordenen Handelsverträge wird eine Gesundung von Deutschlands Wirtschaft angestrebt und damit „ausreichende Arbeitslosigkeit mit angemessener Entlohnung“. Mit den letzten Resten der Inflationswirtschaft soll ausgeräumt werden, desgleichen mit den „die breite Masse der Verbraucher ausbeutenden Besteuerungen“. Die Stärkung der inneren Kaufkraft will die Regierung mit Entschiedenheit verfolgen. Die Lohn- und Gehaltspolitik betreffend, wird sich die Regierung dafür einsetzen, daß „Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage auch der Arbeiterschaft zu gute kommen“. Die Indexberechnung soll Verbesserung erfahren, damit größere Klarheit über die wirkliche Kaufkraft der Arbeitseinkommen geschaffen wird. Hiernach folgte als Abkühlung, mit dem Abbau der Wohnungswirtschaft werde fortgeföhrt werden, wenn auch auf die wirtschaftlich Schwachen und die kinderreichen Familien dabei Rücksicht genommen werden soll. Daß „der aufreizende und kulturlose Luxus“ der Neureichen geestet werde, war entschieden besser. In bezug auf die sozialpolitische Arbeit sagte Luther zutreffend: „Eine gesunde Sozialpolitik dient nicht etwa nur dem Wohle der Arbeitnehmer, sondern ist mit dem Gedeihen der Wirtschaft und des gesamten deutschen Volkes aufs engste verknüpft.“ Die Regierung kündigte daher an: Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, Errichtung einer Arbeitslosenversicherung, Vorlegung eines Arbeitsgerichtsgesetzes. Die augenblickliche Arbeitszeitgesetzgebung sei nur ein Notrecht, die aus ihr erwachsenden sozialpolitischen Härten sollen so schnell beseitigt werden, als die Besserung der Wirtschaftslage es irgend zuläßt. Ob die gesetzliche Verankerung des Achtstundentages damit gemeint ist, wurde nicht gesagt. In der Aufwertungsfrage soll durch endgültiges Recht den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden, insbesondere den alten Sparern.

In Verapredungen zeigt die Regierungserklärung ja keinen Mangel. Der Reichkanzler Luther ist parteilos. Der gute Wille soll ihm auch nicht abgesprochen werden, aber die Zusammenfassung der Regierung aus fünf Parteien mit Überwiegen der Deutschnationalen und der diesen jetzt so geistesverwandten Stresemänner macht es zu einer großen Frage, wie sich da Wort und Tat decken sollen. Die Konservativer, die Landundgewaltigen und andre großkapitalistischen Kreise haben doch viel Geld in die Reichstagswahlen vom 7. Dezember gesteckt, sie wollen dafür nun etwas sehen. Nach diesem Regierungsprogramm würden sie jedoch die Enttäuschten werden. Luther hat kürzlich zu dem sozialdemokratischen Vorsitzenden Hermann Müller gesagt, die neue Regierung werde nicht gegen die Arbeiterschaft regieren. Darauf kommt es an! Die Sozialdemokratische Partei ist in die Opposition gedrängt worden, möge sie nun wirksamen Gebrauch davon machen; an Gelegenheit wird es ihr kaum fehlen, wenn das Kabinett Luther gegenüber seinen eigenen Verapredungen nicht die richtige Erfüllungspolitik zu treiben vermag. Das wird kaum ausbleiben. Im „Berliner Tageblatt“ wurde richtig gesagt,

Ein Haupthindernis der Fortschritte des Menschengeschlechts ist, daß die Leute nicht auf die hören, welche am geschicktesten, sondern auf die, welche am lautesten reden. Schopenhauer.

Wissenschaft

Was ist Wissen, Wissenschaft, wissenschaftliche Befähigung und wissenschaftliche Betätigung? Ist Wissenschaftler und Gelehrter dasselbe, oder unterscheidet sich der Gelehrte vom Wissenschaftler? Welche Aufgabe hat die Wissenschaft? Worin unterscheidet sie sich von den Künsten?

In den einschlägigen Werken findet der geschulte Suchende über diese Fragen da und dort ein treffendes Wort, eine klärende Bemerkung; aber der nach Erkenntnis strebende Mensch möchte über diese wichtigen Grundfragen mehr Anhalte, mehr Anregungen, mehr Einsichten. Da ist zunächst zu sagen, daß Wissen und Verstehen nicht gleichbedeutend sind. Ich kann etwas wissen, ohne es zu verstehen. Ich weiß z. B., daß der Preis für eine Ware gestiegen, daß der Baum gewachsen, die Ernte ergiebig war; deshalb aber verstehe ich noch nicht, warum der Preis gestiegen, der Baum gewachsen, die Ernte ergiebig war. Wenn ich sage: ich verstehe diese Handlung, dann meine ich: ich weiß, warum sie vollbracht wurde. Verstehen ist also, Ursache und Gründe kennen. Wissen heißt, gesehen, gehört, gelesen haben, daß sich dies oder jenes ereignet hat. Wissen ist: Sich gemerkt haben, was und wo und wann sich etwas ereignet hat; es ist das gedächtnismäßige Anzeichen dessen, was andre erforscht und gelehrt haben.

Ebenso darf Wissenschaft nicht mit Gelehrsamkeit verwechselt werden. Ein Wissenschaftler kann, er muß aber nicht gerade sehr gelehrt sein, und einem Gelehrten kann gerade das fehlen, was zum Forschen, zum Wissen schaffen gehört. Der Wissenschaftler ist immer Forscher, Bringer neuer Wahrheiten oder neuer Erkenntnisse. Der Gelehrte hat viel gelernt, sich viel von dem angeeignet, was andre erforscht und berichtet haben. Im durchschnittlichen Schulbetrieb wird nicht geforscht, sondern gelehrt und gelernt, was bereits bekannt ist. Die Schulen sind im allgemeinen keine Forschungs-, sondern Lehr- und Lernanstalten. Es ist deshalb auch irreföhrend, von wissenschaftlicher Befähigung beispiels-

weise nach dem erfolgreichen Besuch einer bestimmten Klassenzahl oder einer höheren Schule zu sprechen. Eine Befähigung ist überhaupt nicht Lehr- oder lernbar. Fähigkeiten können zwar ausgebildet (durch Anleitung und Übung), aber nicht in den hineingebracht werden, der keine Anlagen dafür hat. Die Fähigkeit zum Forschen, zum selbständigen Erkennen von Zusammenhängen im Weltall, in der Wirtschaft, der Technik, der Seilkunst ist angeboren. Daß zum Forschen und Erkennen Wissen gehört, und daß ein beträchtliches Wissen das Erforschen und Erkennen von Zusammenhängen erleichtert, bedarf keiner besonderen Begründung. Aber es ist nicht so, daß die Forschung um so leichter ist, desto mehr der Forscher weiß. Es gibt hier für den einzelnen Forscher eine Grenze, von der an ihm das Wissen zur Last werden, ihm im Forschen und Erkennen behindern kann.

Recht deutlich machte Schopenhauer mit diesen Worten auf den Unterschied zwischen dem Denker (= Forscher) und dem Gelehrten aufmerksam: „Bei der imposanten Gelehrsamkeit jener Vielwiser sage ich mir bisweilen, o, wie wenig muß doch einer zu denken gehabt haben, damit er so viel hat lesen können.“ Sombart schilderte die Gelehrsamkeit so: „Sie besteht in einem großen Wissen von Einzeltatsachen, namentlich in der Kenntnis fremder Meinungen, die aus andern Büchern erlesen ist.“ Sie stumpe also leicht den Scharfsinn ab und beuge und bedrücke den Geist, weil sie ihn in seinem Flug hindere. „Es ist ein besonderes Kennzeichen des Gelehrten, daß er sich gern mit den Lehren anderer Gelehrter beschäftigt und über Theorien nachdenkt, anstatt über die Dinge selbst.“ Unter der Masse seines Wissens erstarrte seine Seele. Deshalb gingen die Fortschritte der Wissenschaft auch so oft von Außenstehern aus, denen die „Schule“ oft nur Hindernisse in den Weg werfen.

Eine andre Frage ist allerdings, wie die Arbeit des Forschers oder Denkers (Eigendenkers) und die des Gelehrten zu bewerten ist. Im Volksmund nennt man den selbständigen Denker einen Erfinder. Er findet und denkt über eine Frage des Seins und Werdens gegenwärtiger und zukünftiger Mächtigkeiten nach, ohne vielleicht zu bemerkenswerten neuen Einsichten zu kommen. Manchmalmal geschieht dies sogar unter Vernachlässigung der Berufspflichten. Es wird viel Zeit nutzlos verneudet. In der Wissenschaft werden aber solche Opfer gebracht werden müssen; denn

Luther habe eine Regierung mit Parteien gebildet, „die freigeig mit den herrlichsten Versprechungen gewesen sind, um im trüben Walfische zu fangen“. Sie sei von den allmächtigen Konzernen und Wirtschaftskruppen auf die Bühne geschoben worden. Es handelt sich in der Tat um eine Regierung der antirepublikanischen Rechten, um eine trotz aller Verschleierung regelrechte Bürgerblockregierung.

Die Aussprache über die Regierungserklärung sollte vier Tage in Anspruch nehmen. Wir konnten bis zum Abschluß dieser Nummer nur die zwei Tage der ersten Rednergarnitur verfolgen. Ein Vertrauensvotum für die neue Regierung ist von vornherein aussichtslos gewesen, die Rechtsparteien müssen sich begnügen, daß die Regierung ihrer Wahl nur eine Billigung ihrer programmatischen Erklärung findet. Diese ist ja so raffiniert geschickt gemacht, daß ihre Billigung nicht schwer fallen könnte, wenn nicht die Zusammensetzung der Regierung den stärksten Zweifeln begegnen müßte. Schiele, Schlieben, Neuhaus, Stresemann — es ist ja wunderbar, daß mit diesen Feinden der Arbeiterschaft und der Republik das Regierungsprogramm wirklich durchgeführt werden könnte.

Sie werden gegen die Arbeiterforderungen kämpfen, wenn Sie sich nicht selbst aufgeben wollen“, betonte deshalb Breitscheid in seiner Kampfanrede für die Sozialdemokratie, dabei hervorhebend die außerparlamentarische Opposition durch die Gewerkschaften. Daß Graf Westarp für die Feindschaften eine so herausfordernde Rede halten konnte, und wie zur nämlichen Zeit im preussischen Landtag gegen die schon so lange bestehende große Koalition unter sozialdemokratischer Führung gekämpft wird, das sagt genug, wohin die Rechtsparteien in Wirklichkeit wollen. Eine Rede Luthers am zweiten Tage vermochte von den vielen Fragezeichen nichts hinwegzunehmen. Vom Zentrum ist es noch nicht heraus, welche Richtung endgültig oben bleibt. Die Demokraten wollen der Rechtsregierung keine wohlwollende Neutralität entgegenbringen. Ihre Taten sollen entscheiden.

Die Gewerkschaften freier, Hirsch-Dunkerfcher und christlicher Richtung müssen sich ebenfalls in Opposition zu einer solchen Regierung stellen. Die Tagung der christlichen Gewerkschaften in Essen war schon am 18. Januar eine Kampfanrede an die neue Regierung, und mit der ausgegebenen Parole „Schluß mit der sozialen Reaktion!“ ist deutlich ausgesprochen, welche politische Neuorientierung für die Gewerkschaften nur denkbar sein kann. Die Gewerkschaften können und werden aber auch praktisch zeigen, daß die Bäume einer sich nur auf viele Versprechungen verlegenden Rechtsregierung nicht in den Himmel wachsen. Daß wir trotz Arbeitszeitverordnung den Achtstundentag zurückerobern, ist ja schon Beweis dafür. Also der politische Neuorientierung nach rechts die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Kursrichtung gerade aus entgegengesetzt!

Der Nachwuchs in unserm Gewerbe

Unendlich viel ist über dieses Thema schon geschrieben und gesprochen worden. Die Besten des Gewerbes — Prinzipale sowohl wie Gehilfen — haben in mühevoller Arbeit eine Lehrplangordnung geschaffen, die, obwohl vom Tarifamt in Kraft gesetzt, von den Prinzipalen glatt sabotiert wurde. An der Spitze Herr Babst.

Wenn auch zugegeben werden soll, daß einsichtige Prinzipale und solche, die es mit dem Gewerbe und dem ihm zuzuführenden Nachwuchs

wirklich ernst meinen, sich trotz Nichteingführung der Lehrplangordnung doch nach deren Bestimmungen richten, so sind dies aber leider nur wenige. Eberlinne. Wüste gibt es überall, selbst in — Mainz.

Es ist also nicht so einfach, den notwendigen Grundbedingungen für einen wirklich brauchbaren Nachwuchs in unserm komplizierten und weitverzweigten Beruf zur Anerkennung zu verhelfen. Hier und dort bemühen sich die örtlichen Vertretungen der Gehilfenschaft (in Ermangelung eines diesbezüglichen Tarifgesetzes), mit den Prinzipalen eine gemeinsame Vorprüfung der einzustellenden Lehrlinge auf ihre Fähigkeiten in Rechtschreiben und Aufsatz vorzuschreiben, die wenigstens einigermaßen Garantie geben soll für die Berufsgewandtheit des jungen Menschen. Wäre dieses löbliche Beginnen der Gehilfenschaft von Erfolg gekrönt, fände es also Verständnis auf der andern Seite, so könnte manchem Bedauernswerten, der seinen Beruf verfehlt hat, der später über vier verlorene Jahre, viellecht über sein ganz verpfushtes Leben klagt, der seinen „Lehrherren“ bis übers Grab hinaus verflucht, noch zur rechten Stunde der richtige Weg gezeigt werden.

Bei den Druckgewaltigen findet aber der bestgemeinte Vorschlag, zumal solcher von den Gehilfen kommt, keine Gegenliebe. Sie wollen auch in dieser rein gewerblichen Frage, die doch für sie von der größten Bedeutung sein müßte, mit den Gehilfen nichts gemein haben. Sie lehnen eine Vorprüfung der Lehrlinge in gemeinsamer Tätigkeit mit den Gehilfenvertretern ab, um nachher bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über das minderwertige Gehilfenmaterial jammern zu können, das sie doch selbst verschuldet haben. Ja, ja, der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ käme ja auch durch die Mitwirkung der Gehilfen in Gefahr. Die Herren versprechen zwar, daß sie die einzustellenden Lehrlinge auf Eignung prüfen. Wie diese Prüfung aussieht, wissen wir zur Genüge. Zur Illustrierung wären wir in der Lage, die wunderbaren Blüten von Bergewalligung der deutschen Schrift und Sprache hier wiederzugeben. Wir wollen den Mantel der christlichen Liebe darüber ausbreiten. Wer einen guten Protektor hat (auch hier will ich nicht deutlicher werden; diejenigen, die es angeht, verstehen mich), wird als Lehrling eingestellt, selbst wenn ihm auch die besten Grundbeurteile seiner Muttersprache böhmische Dörfer sind.

Aber wie kann sich auch ein simpler Bezirksvorstand nur erlauben, mit einem solchen Vorschlage an die Prinzipale heranzutreten? — Un-erhört!

Den Herren, die stets das Wort von den „minderwertigen Gehilfen“ im Munde führen, sei mit aller Deutlichkeit gesagt, daß wir nunmehr rückstichtslos die an unsre Adresse so gerne gerichteten diesbezüglichen Klagen mittels Rückfahrchein erledigen.

Mainz.

Karl Weyrich.

Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft

Die Gewerkschaften erblicken ihre Aufgabe in der Vertretung der materiellen Interessen der Arbeitnehmer, der Hebung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Lage sowie ihrer rechtlichen Gleichstellung in der Wirtschaft. Die auf Erfüllung dieser Aufgabe gerichtete umfangreiche und wichtige Tätigkeit der Gewerkschaften ist Gegenwartsarbeit. Ihre Grundlage findet sie in den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen,

niemand weiß beim Beginn der Forschung, was dabei herauskommen wird. Nur solche Menschen können ein derartiges Resultat eingehen, die selbst die Mittel hierzu haben oder sie von andern erhalten.

Ein Grundirrtum ist, zu glauben, die Wissenschaftler hätten die Aufgabe, für die Lebensführung brauchbare oder nützliche Erkenntnisse zu schaffen. Wissenschaft ist keine Kunst. Die Wissenschaft lehrt nicht, wie man beispielsweise schnell oder mühelos reich wird. Sie ist keine Kunstlehre. Wer die Kunst des Geldverdienens lehrt, mag bei vielen hochgeschätzt sein, mit Wissenschaft aber hat dies nichts zu tun. Der echte, wahre Wissenschaftler strebt nur nach Erkenntnis, nach neuer, umfassender, tieferer Erkenntnis. Ein andres Ziel kennt er bei der wissenschaftlichen Forschung nicht. Seine Aufgabe ist, die Ursächlichkeit der Dinge zu erforschen. Das bedeutet, den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung festzustellen und zu erklären. Wahres Wissen ist nach den Worten des Bacon von Verulam: „Das Wissen von den Ursachen.“ In der deutschen Sprache fragt man nach den Ursachen mit dem Fragewort warum? (etwas umständlicher: Wieso kommt es, oder woher kommt es, daß dies so oder so geschieht, daß sich dies oder jenes ereignet hat oder sich etwa noch immer ereignet?) Begründend antwortet der Wissenschaftler, weil das Ding, das Verhältnis so und so beschaffen ist, tritt die und die Wirkung ein.

Obwohl die Ursache das erste und die Wirkung das zweite, kann der Forscher nicht von der Ursache (dem ersten) ausgehen. Denn er sieht zuerst die Wirkung. Sie ist das Bekannte und zu diesem Bekannten muß das Unbekannte (die Ursache) gesucht werden. Auf diese Art schreitet die Wissenschaft vom Bekannten zum Unbekannten fort: Schritt für Schritt, Stück um Stück, langsam oder schnell, je nach der Schwierigkeit des zu erforschenden Gebietes und den Fähigkeiten der Forscher, dem Forscherdrang und der Forscherkraft.

Derart ist das Streben des wissenschaftlichen Forschers. Es gibt aber auch Entdecker und Heiliger in der Wissenschaft. Und zu wird berichtet, daß jemand fast unwillkürlich etwas Neues erkannt habe, ohne dies auch gleich beweisen zu können. Graub schreibt darüber: „Ein andres ist es, wissenschaftliche Wahrheiten finden, ein andres, sie beweisen. Maxwell stellte die elektromagnetische Lichttheorie auf, doch bewies sie, und zwar

auf induktivem Wege durch eigens von ihm erdachte Experimente.“ Bei großen, weittragenden Entdeckungen der Tatsachwissenschaften sei der Gedanke da, ehe auch nur ein Teil seiner Gründe annähernd übersehen werden könne. In solchen Fällen sieht der Forscher nicht die Ursächlichkeit, sondern eine bisher unverkennbare Tatsache. Er erkennt: So ist dies, und er beschreibt dies Seiende. Warum aber dieses Seiende gerade so und nicht anders ist, das kann er später untersuchen und erklären, oder es kann, wie in dem genannten Beispiel, ein ganz andrer den Zusammenhang der erkannten Tatsache aufklären, oder viele können sich daran beteiligen.

Immer geht die Wissenschaft auf Erkenntnis aus und nur auf Erkenntnis. Sobald sie den Tatbestand festgestellt und seinen Zusammenhang beweisend und begründend erklärt hat, hat sie ihre Aufgabe gelöst. Rezepte (Vorschriften oder Anleitungen, wie man es machen sollte, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen) gibt sie nicht. Wer so etwas von ihr verlangt, muß enttäuscht werden. Wenn Wissenschaftler nach Mitteln zur Lösung gewisser Aufgaben befragt werden, und sie nennen solche Mittel, dann ist das keine Wissenschaft, sondern eine Privatmeinung des Wissenschaftlers. Die Wissenschaft kann nicht sagen, was in der Zukunft geschehen wird. Es geschieht zwar hin und wieder, daß ein Wissenschaftler verlangt, daß dies oder jenes geändert werde, oder daß einer dies oder jenes für die Zukunft vorherzusehen. Was aber in Zukunft geschieht, das vorherzusagen, übersteigt menschliches Wissen und menschliches Ahnen. Der Wissenschaftler kann nur sagen, so und so kann es kommen. Die und die Gründe sprechen für meine Meinung. Es ist möglich, die oder jene Anzeichen deuten darauf hin, daß dies so oder so kommt. Er kann seine etwaige Vorhersage mit ausreichender Begründung wahrscheinlich machen. Mehr darf man von ihm nicht verlangen und mehr darf er nicht versprechen. Sicher und zuverlässig kann nur das beurteilt werden, was übersehbar, was bereits Tatsache ist. Das aber Vorhersagen von Wissenschaftlern mehr bedeuten und erfräher zu nehmen sind als solche von unwissenden, ungeschulten Menschen, ist keine Frage. Wer sich mit wissenschaftlichem Nützlichem, wissenschaftlicher Schulung und Begabung über zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten äußert, hat Grund und Boden unter den Füßen. Von einer haltbaren Grundlage aus wird auch Beachtenswertes über Zukünftiges ausgesagt werden können.

in dem Gegensatz von Kapital und Arbeit. Bei dieser Sachlage stehen Lohn- und Gehaltsfestsetzung, Festsetzung der Arbeitszeit, Urlaub, Kündigung usw., kurz die Fragen des Arbeits- und Anstellungsvertrags in dem Betätigungsbereich der Gewerkschaften an vorderster Stelle. Ihnen zur Seite treten die Fragen des sozialen Arbeiterrechts, der Arbeiterversicherung, des Arbeiterschutzes, denen sich in erheblichem Umfang allgemein wirtschaftspolitische Fragen anschließen, von deren Auswirkungen die Lebenshaltung sowie die rechtliche Stellung der Arbeitnehmer beeinflusst wird. So umfangreich aber auch der Aufgabenkreis der Gewerkschaften sich mit ihrer Ausbreitung entwickelt hat, er ist damit noch keineswegs erschöpft.

Die Gewerkschaften müssen — entsprechend der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft — eine parteipolitisch neutrale Stellung einnehmen. Das bedeutet nicht zugleich Ablehnung der Erörterung und Stellungnahme zu politischen Fragen. Eine derartige negative Haltung können sich die Gewerkschaften nicht gestatten, denn Politik und Wirtschaft stehen in viel zu engem Zusammenhang miteinander, als daß hier eine einwandfreie Trennung möglich wäre. Wenn von den Gewerkschaften im allgemeinen schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit die Behandlung und Entscheidung politischer Fragen den politischen Parteien überlassen bleiben muß, so dürfen sie daran doch nicht achtlos vorbeigehen. Vielmehr sind sie je nach dem Umfang, in dem derartige Fragen die Gewerkschaftspolitik berühren, gezwungen, sie ebenfalls zu behandeln und zu versuchen, auf ihre Erledigung einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Aus dieser Notwendigkeit ergibt sich die Stellung der Gewerkschaften zur Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft sowie zu den Forderungen des Sozialismus. Der Proletarisierungsprozeß, den die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrem Entstehen einleitete, ist noch nicht beendet, die gesellschaftliche Umwandlung nimmt ihren Fortgang. Noch immer entstehen neue Wirtschaftsformen, die als Übergangsstufen zu einer neuen Gesellschaftsordnung betrachtet werden müssen. Besonders deutlich zeigt das die gewalttätige Konzentration der industriellen Betriebe, die fortschreitende Mechanisierung des Produktionsvorganges, die zunehmende Kartellierung der Unternehmungen sowie die hierdurch verursachte Beeinflussung der Preisbildung, wie der Lebenshaltung der Verbraucher. Hierbei bleibt die Entwicklung nicht stehen. Kapital und Handel kennen keine nationalen Grenzen. Unablässig drängen sie darüber hinaus zum internationalen Zusammenschluß, internationaler monopolistischer Preisbildung und Verteilung der Absatzgebiete.

Diese Entwicklung dürfen die Gewerkschaften nicht unbeachtet lassen, sie sind genötigt, sich ihr anzupassen, ihre Tätigkeit darauf einzustellen, wenn sie die Lebenshaltung der Arbeiter nicht nur auf den gegenwärtigen Stand festhalten, sondern darüber hinaus erhöhen wollen. Eine besondere Bedeutung hat für sie die Entwicklung der Kartelle, deren Ausbreitung die gewerkschaftlichen Bestrebungen, vor allem ihre Lohnpolitik zu gefährden droht. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Erhöhung der Löhne und Gehälter auf Kosten des Gewinnanteils der Unternehmer stattfindet, d. h. wenn dadurch der Anteil des Arbeiters am Ertrage seiner Arbeit eine Vergrößerung erfährt, der Anteil des Unternehmers sich vermindert. Befinden sich dagegen die Unternehmer in der Lage, den dem Arbeiter zugestandenen höheren Lohn oder Gehalt ohne Verminderung ihres Gewinnanteils durch Erhöhung des Warenpreises auszugleichen, so sind die Lohn-

politischen Bemühungen der Gewerkschaften zur Fruchtlosigkeit verurteilt. Im günstigsten Falle bedeutet dann die Lohnerrhöhung einen kurz vorübergehenden Vorteil, der durch die alsbald eintretende und in der Regel über die Lohnsteigerung hinausgehende Warenpreiserhöhung wieder verloren geht. In den meisten Fällen wird aber der Anteil des Arbeiters an seinem Arbeitsprodukt ein geringerer, sein realer Lohn ein niedriger sein als vorher, wodurch seine Lebenshaltung trotz Lohnerrhöhung eine Verschlechterung erfahren muß. Diese Verhältnisse haben die Arbeiter in der Inflationszeit genügend kennen gelernt.

Die von den Unternehmern betriebenen Kartellierungsbestrebungen laufen in ihrem Ergebnis darauf hinaus, diesen — wie eine Gegenüberstellung der Löhne und Preise beweist —, noch keineswegs überwundenen Zustand zu dauernden zu machen. Ihr Ziel ist die Monopolisierung der Produktion und Preisfestsetzung, mit deren Durchführung die Arbeiter wie der Verbraucher überhaupt einer uneingeschränkten rücksichtslosen Ausbeutung ausgeliefert sein würden. Der Verwirklichung dieser Absichten steht lediglich die Konkurrenz des Auslandes als Hindernis entgegen. Das erklärt die Bemühungen der Unternehmer, auf der einen Seite durch Forderung von Schutzzöllen die ihre Monopolplätze gefährdende Wareneinfuhr des Auslandes zu verhindern, auf der anderen Seite ihr Streben nach internationaler Ausbeutung der Industrieländer. Bisher ist es noch nicht so weit, daß eine derartige Gefahr besonders nahegerückt erscheint. Wohl aber ist die innere Kartellierung der Industrie bereits sehr weit vorgeschritten. Den hieraus drohenden Gefahren ist durch die üblichen gewerkschaftlichen Kampfmittel allein nicht zu begegnen. Die wucherische Ausbeutung der Verbraucher und Arbeitnehmer durch ein Produktions- und Preisfestsetzungsmonopol der Kartelle ist nur durch entsprechende staatliche Maßnahmen, Wegfall aller die Einfuhr wichtiger Lebensbedürfnisse hindernden Schutzzölle sowie durch Schaffung und Förderung einer die kapitalistischen Monopolbestrebungen durchbrechenden Konkurrenz zu verhindern.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, gewinnt die in den letzten Jahren von den Arbeitern stark vernachlässigte Gemeinwirtschaft, und zwar der öffentlichen wie der privatrechtlichen, wieder erhöhte Bedeutung. Uberschwengliche Hoffnungen sind hierbei nicht angebracht. Zweifellos aber bildet die Gemeinwirtschaft, wenn auch in beschränktem Umfang, ein sehr geeignetes Mittel, den Monopolgeheimnissen des Unternehmers entgegenzutreten. Mindestens ebenso wichtig sind ihre indirekten Wirkungen. Den Unternehmern ist diese Tatsache nicht unbekannt und sie haben die Gleichgültigkeit der Arbeiter in ihrer Mehrzahl weitgehend ausgenutzt. Von jeder Seite sind die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen in Reich, Staat und Gemeinde feindselig gegenüber, und mit ihrer Ausbreitung hat sich diese Haltung zusehends verschärft. Besonders in den letzten Jahren haben sie es sich angelegen sein lassen, die Gemeinwirtschaft als unfruchtbar und verfehlt zu bekämpfen, die gemeinwirtschaftliche Initiative der öffentlichen Körperschaften zu lähmen sowie auf den Abbau gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen hinzudrängen. Auch die privaten gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen waren dieser Bekämpfung ausgesetzt, ohne daß ihnen von Arbeitnehmerseite ein entsprechender Widerstand entgegengesetzt wurde. Die Folgen blieben nicht aus. Tragt allgemein sind unter dem Einfluß dieser Bekämpfung die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen zum Stillstand gebracht worden. Noch mehr! Verheißungsvolle gemeinwirtschaftliche Unternehmungen wurden

Für die Wirtschaftswissenschaften besteht besonders die Gefahr des Anleitengebens und des Vorhergehens. Um so mehr müssen sich ihre Vertreter zusammenschließen. Wie oft wird von ihnen verlangt, daß sie Anleitungen geben sollen, wie man gewisse Dinge besser, ergiebiger, zweckmäßiger machen sollte. Sie dürfen und sollen ihre Meinung dazu sagen. Nur müssen diese Wissenschaftler und diese Fragenden sich klar darüber sein, daß das Anleitungen geben nicht zum Wesen der Wissenschaft gehört. Es kann deshalb auch nicht vorkommen, daß diese Wissenschaftler verärgert. Ihres Amtes ist es nicht, Normen für die Verhaltung zu geben oder „Klugheitsregeln für die Regierenden in Paragraphen auszugeben.“

Klugheitsregeln zu geben, ist eine Kunst! Wie man am besten den Staat verwaltet, Berufsverbände leitet, Landwirtschaft treibt, Geschäfte macht, organisiert und Gewinn erzielt, das kann in den einzelnen Kunstlehren gelehrt werden. Diese Kunstlehren müssen sich auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse stützen, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen. Aber Wissenschaft selber sind solche Anleitungen nicht. Mit dieser Feststellung ist dem Ansehen des Kunstlehrens kein Abbruch getan. Sie haben Wissen, Verstand und Können, Begabung und Scharfsinn nötig, wenn sie den Bedürfnissen der Zeit genügen wollen. Ihre Aufgabe ist es, die wissenschaftlichen Ergebnisse auf ihre Auswertbarkeit, auf ihre Anwendbarkeit, auf die Förderung des menschlichen Zusammenlebens und der Wirtschaft hin zu durchforschen. Sie müssen die Verbindung zwischen der Wissenschaft und der Praxis herstellen: die Praxis und die Wissenschaft zu befruchten, muß ihr höchstes Ziel sein.

Wenn so Wissenschaft, Gelehrsamkeit, wissenschaftliche Tätigkeit und Kunstlehre abgegrenzt werden, wird die wünschenswerte Klarheit über Gebiete geschaffen, die oft miteinander vermischt und verwechselt werden. Gebiete werden so abgegrenzt, den Forschern wird damit etwa nicht verboten, auch auf Gelehrsamkeit bedacht zu sein oder dem Gelehrten zu forschen oder dem Kunstlehrer zu forschen. Wenn aber beiseitig der Kunstlehrer forscht und neue Erkenntnisse schafft, so ist dies eine wissenschaftliche Tätigkeit und seine Ergebnisse sind Wissenschaft (vorausgesetzt, daß sie wahr sind). Und der Wissenschaftler kann sich neben seiner Forscher-tätigkeit der Lehrtätigkeit im allgemeinen (etwa als Universitäts- oder Volksschullehrer) oder im besondern als Fachlehrer (privat oder in einer

Fachschule) widmen. Der Unterrichtende hat allemal die neuen Forschungsergebnisse zu beachten und zu lehren; einerlei, ob sie von andern oder ihm selber stammen.

Alles dies kann aber auch der als Praktiker Bezeichnete bewirken. Es ist nicht so (wenn es auch oft der Fall ist), daß der Praktiker nur Praktiker ist oder zu sein hat. Auch für ihn ist das Feld für die gelehrte Bildung und die Forschung frei, und wenn er Neigung und Begabung dazu hat, mag er sich auch als Kunstlehrer betätigen. Starke Begabungen und Neigungen drängen auch unter ungünstigen Verhältnissen zur Entfaltung, und mancher Praktiker hat das Zeug zur wissenschaftlichen Forschung und Betätigung. Ihnen zuzurufen, Schuster bleib bei deinem Leisten (womit die praktische Berufsarbeit gemeint ist), ist daneben gerufen. Wenn nicht das, was mit dem Leisten zusammenhängt, seine Stärke ist, sondern vielmehr eben gerade das, was zur wissenschaftlichen Befähigung gehört, dann wird er auch in wissenschaftlichen Fragen etwas zu leisten imstande sein. Man nennt solche Leute gelegentlich theoretisierende Praktiker; sind sie das im wahren Sinne des Wortes, dann ist das (von der Wissenschaft her gesehen) eher Lob und Anerkennung als Tadel und Ablehnung. Alles in allem: Nicht der Name ist das Bezeichnende, den sich jemand beilegt oder der jemand beigelegt wird, sondern die Hauptbetätigung oder die Ergebnisse, die er zuwege bringt, sind das Entscheidende für den forschenden und wirkenden Geistesmenschen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Kein Zweifel aber kann daran sein, daß der Wissenschaftler als Wissenschaftler Erkenntnisse, neue Einsichten von allgemeiner Bedeutung zu schaffen hat. Der Praktiker als Praktiker dagegen hat Dinge zu verrichten, die Ertrag bringen; Dinge, die Menschen zum Leben und für die Wirtschaftsführung brauchen. Praktiker sind auch die Beamten aller Arten: Lehrer, Schulleute, Soldaten, Postler, Bahner, Richter, Rechtsanwält, Ärzte, Geistliche, Chemiker, Techniker. Sie üben ihre Berufe aus ähnlich wie Landwirte, Gewerbetreibende und Händler und die in diesen Berufen betätigten Arbeiter und Angestellten. In der Volkswirtschaft sind alle vereint zu gemeinsamem Tun, bei aller Verschiedenheit der Vorbildung und Ausbildung und Berufsausübung.

eingeschränkt, in gemischt wirtschaftliche Unternehmungen umgewandelt, teilweise oder ganz eingestellt. Bezeichnende Beispiele hierfür sind die dem Reiche gehörigen Deutschen Werke sowie die Reichseisenbahnwerkstätten. Allein durch die Einschränkung der letztgenannten Betriebe werden annähernd 40 000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Das Privatkapital hat den Vorteil davon. Am stärksten macht sich die Lähmung des gemeinwirtschaftlichen Geistes in der nahezu völlig daniederliegenden Wohnungsverzorgung, der immer unerträglicher werdenden Wohnungsnot und der Stagnation der Bautätigkeit bemerkbar. Der Mangel an Baukapital vermag diese Tatsache nicht zu erklären, denn die Gemeinden sind in vielen Fällen in der Lage, in der Wohnungsverzorgung mehr zu leisten. Allein es fehlt dazu an dem erforderlichen Druck der arbeitenden Massen, die sich apathisch in ihr Elend ergeben. Einer ähnlichen Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit begegnen die privaten gemeinwirtschaftlichen Selbsthilfsbestrebungen der Konsumvereine sowie der Bauhilfsbewegungen. Zieht man zum Vergleich heran, was auf diesem Gebiete vor allem in der Eigenproduktion in England geschehen ist und noch geschieht, so zeigt sich ein gewaltiger Unterschied. Hier anregend und fördernd zu wirken, ist eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe, die zu übernehmen vor allem die Gewerkschaften berufen sind.

Stuttgart.

S. M.

„Kommunistischer Schwindel“

In einer Einsendung an den „Korr.“ (Nr. 2) mit dieser Überschrift behauptet Georg Kruse (Neukölln), daß von der Opposition des 8. Bezirks sein Name ohne sein Wissen auf die Liste der Kandidaten zur Generalversammlung gesetzt sei.

Wahr ist: 1. Für Georg Kruse wurde Anfang November die gedruckte Einladung zur Sitzung durch ein Mitglied der Opposition in die Wohnung gebracht. Infolge Nachtschicht nicht zu Hause und auch am Erscheinen in der Sitzung verhindert, wurde der ausstimmende Bescheid am 9. November 1924 abgeholt. Dieser Tatbestand wurde am 8. Januar 1925 vor Zeugen einwandfrei durch Frau Kruse bestätigt.

2. Georg Kruse war Mitglied und im Vorjahr bei der Kandidatenaufstellung Sprecher der Opposition.

Berlin.

Bruno Thormann.

Erwiderung

Daß man den Vorwurf des Schwindels nicht auf sich ruhen lassen kann, ist denkbar. Die Berichtigung des Kollegen Thormann schließt aber vollständig fehl. Es fehlt nicht nur meine Zustimmung, sondern auch die Behauptung, daß durch die Frau der Tatbestand „einwandfrei“ festgestellt worden ist, ist nicht wahr. Kollege Thormann sollte bei der Wahrheit bleiben und das schreiben, was er zu Frau Kruse am 8. Januar gesagt hat. Im übrigen war ich nicht Sprecher der Opposition, sondern habe an deren Sitzungen seit Dezember 1923 nicht teilgenommen. Wenn man eine so falsche Berichtigung bringt, bestätigt sich, wie bei allen Gelegenheiten, der „kommunistische Schwindel“.

Neukölln.

Georg Kruse.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Die öffentliche Fürsorge

In Nr. 26 des „Korr.“ vom vorigen Jahre besprachen wir bereits den Inhalt der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnung über die Fürsorgepflicht. Das Kernstück dieser Verordnung besteht in der Abwälzung der Fürsorgeaufgaben vom Reich auf Staat und Gemeinden. Den neugeschaffenen Landes- und Bezirksverbänden obliegt ab 1. April 1924 die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, für Sozial- und Kleinrentner, für Schwerbeschädigte und Schwerverwerbsbeschränkte durch Arbeitsbeschaffung, für hilfsbedürftige Minderjährige, für Schwangere und Wöchnerinnen, soweit sie hilfsbedürftig sind und nicht von der Reichsversicherungsordnung erfasst werden. Weiterhin liegt den Fürsorgeverbänden die Armenfürsorge ob. Die Verordnung stellt leider nur einen Rahmen dar. Es fehlen alle Einzelbestimmungen über Umfang und Inhalt der Fürsorge, vielmehr wird es den Ländern überlassen, Näheres darüber zu bestimmen. Damit konnte natürlich die dringend nötige Einheitlichkeit nicht erzielt werden, vielmehr waren Umfang und Inhalt abhängig geworden von der sozialen Einstellung der Länder und Gemeinden.

§ 6 der Verordnung gab nun der Reichsregierung die Befugnis, mit Zustimmung des Reichsrates Grundsätze über Voraussetzung, Ort und Maß der öffentlichen Fürsorge aufzustellen. Unterm 27. März 1924 erschienen erstmalig solche Grundsätze, die aber äußerst mangelhaft waren und wohl darum auch nur bis zum 1. Juli Gültigkeit bekamen. Der Reichsarbeitsminister versprach im Juli im Sozialpolitischen Ausschuss, daß diese vorläufigen Grundsätze innerhalb sechs Wochen durch „endgültige“ ersetzt werden sollten. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten, erst am 1. Januar 1925 traten neue Grundsätze in Kraft. Heftige Kämpfe und Auseinandersetzungen spielten sich in der Zwischenzeit ab über deren Inhalt, Landes-, Stadt- und Landkreisorganisationen und andre Interessenverbände wandten sich gegen den Entwurf, weil durch diesen eine zu große Belastung von Ländern und Gemeinden eintrete. Insbesondere lag man eine starke Belastung in dem Weiterbestehen der Sozial- und Kleinrentnerfürsorge. Demgegenüber forderten im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten die Sozialdemokraten und Kommunisten

eine einheitliche gehobene Fürsorge unter Ausschluß der Armenpflege, und der Zentralverband der Arbeitsinvaliden vertritt den Standpunkt, daß die soziale Fürsorge allgemein auf den Stand der Kriegsbeschädigten-Fürsorge gebracht werden muß.

Das zustande gekommene Kompromißwerk kann, trotzdem für Armenunterstützungsempfänger — Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene — gewisse Verbesserungen erzielt wurden, nicht befriedigen. Die Grundsätze zerfallen in zwei Hauptteile: A. Fürsorge im allgemeinen und B. Besondere Bestimmungen. Die letzteren beziehen sich auf a) Kleinrentner, Sozialrentner und die ihnen Gleichstehenden, b) Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Die Einheitsfürsorge ist damit abgelehnt. Die Bestimmungen sind vielmehr aufgebaut auf dem Grundsatz, daß für Hilfsbedürftige, die durch die besonderen Dienste, die sie oder ihr Ernährer der Allgemeinheit geleistet haben, oder die auf Grund einer Vorsorge, die Recht oder Sitte verlangt oder anerkennt, einen Anspruch auf Fürsorge erworben haben, Rechte und Maßnahme der Fürsorge in der Regel höher bemessen werden sollen, als bei denjenigen, denen die Fürsorge lediglich kraft ihres Daseins zugesprochen wird.

Im Abschnitt „Fürsorge im allgemeinen“ wird als Pflichtaufgabe bezeichnet, den Hilfsbedürftigen den notwendigen Lebensunterhalt zu gewähren und dabei die Eigenart der Notlage zu berücksichtigen. Das Ziel der Fürsorge soll sein, sie überflüssig zu machen, d. h. den Hilfsbedürftigen Inulchnft in den Stand zu setzen, sich und seinen unterhaltungsbedürftigen Angehörigen den Lebensbedarf selbst zu beschaffen. Zum notwendigen Lebensunterhalt gehören neben Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Pflege auch Krankenhilfe sowie Hilfe zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Blinden, Taubstummen und Krüppeln ist durch Ausbildung ihrer Anlagen die Erwerbsfähigkeit zu ermögnlichen. Schwangeren und Wöchnerinnen ist Hilfe nach Art und Grad der Hilfsbedürftigkeit in Anlehnung an die Leistungen der Familienwochenhilfe zu gewähren. Bei Minderjährigen Erziehung und Erwerbsbefähigung. Ob dem Hilfsbedürftigen eine Arbeit billigerweise zugemutet werden kann, soll nach Lebensalter, Gesundheitszustand, häuslichen Verhältnissen und, soweit angängig, auch nach der beruflichen Ausbildung beurteilt werden. Falls die geordnete Erziehung ihrer Kinder gefährdet würde, soll Frauen Erwerbsarbeit nicht zugemutet werden, auch sonst sind die Pflichten zu berücksichtigen, die den Frauen bei Führung eines Haushalts oder der Pflege von Angehörigen obliegen.

Die Fürsorge muß rechtzeitig einsehen und ist nicht von einem Antrag abhängig. Sie muß der Notlage nachhaltig entgegenwirken und zu verhüten suchen, daß vorübergehende Not zu dauernder wird. Sie kann auch vorbeugend einwirken, besonders um Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Zu den eigenen Mitteln, die der Hilfsbedürftige einsehen muß, ehe ihm Hilfe gewährt wird, ist sein gesamtes verwertbares Vermögen und Einkommen zu rechnen. Bei alten, bei noch nicht erwerbsfähigen und bei erwerbsbeschränkten Personen soll von der vorherigen Verwertung kleiner Vermögen oder Vermögensteile Abstand genommen werden, wenn dadurch die Not verhärtet oder zur dauernden würde. Bedacht kann dann die Hilfe ausdrücklich von einer Rückzahlungspflicht abhängig gemacht werden. Wird Zurückzahlung aus dem Nachschuß ausbedungen, so ist auf unterhaltsberechtignte Angehörige Rücksicht zu nehmen. Dasselbe gilt gegenüber Geschwistern oder andern Personen, mit denen der Hilfsbedürftige in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat oder die ihn ohne rechtliche Verpflichtung und ohne entsprechende Gegenleistung, wenn auch in Erwartung einer Zuwendung von Todes wegen, unterstützt oder gepflegt haben.

Mit den allgemeinen Bestimmungen kann man im großen und ganzen einverstanden sein, während manche Punkte der besonderen Vorschriften zum Widerspruch herausfordern. So vor allem die bevorzugte Behandlung der Kleinrentner. Hier heißt es, daß bei alten oder erwerbsunfähigen Personen, die infolge eigener oder fremder Vorsorge ohne die eingetretene Geldentwertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären (Kleinrentnern), bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit, der Art und des Umfangs der Hilfe auf ihre früheren Lebensverhältnisse besondere Rücksicht zu nehmen ist. Die Fürsorge darf nicht verlangen, daß sie kleinere Vermögen und angemessenen Hausrat, Familien- und Erbstücke oder Gegenstände, die zur Befriedigung geistiger, wissenschaftlicher oder künstlerischer Bedürfnisse dienen, verwerten, bevor ihnen Hilfe zuteil wird. Als erwerbsunfähig ist ein Kleinrentner anzusehen, wenn er infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht nur vorübergehend außerstande ist, sich durch Arbeit einen wesentlichen Teil seines Lebensunterhalts zu beschaffen. Demgegenüber werden die Sozialrentner in einem einzigen Paragraphen mit zwei Sätzen erledigt. § 16 lautet: „In entsprechender Weise wie die Kleinrentner sind alte oder invalide oder berufsunfähig gewordene Rentner der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung zu betreuen. Die Rentnenerhöhung, die ein Hilfloser zur Pflege und Wartung erhält, bleibt bei jeder Hilfe außer Ansatz, die nicht demselben Zweck dient.“

Die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die außer der Grund- und Zusatzrente gewährt wird, ist zum Teil verbessert. Der § 18 bringt zum Ausdruck, daß die allgemeine Fürsorge auf denjenigen, der seine Gesundheit der Allgemeinheit geopfert oder dessen Ernährer in ihrem Dienst gefallen ist, die gleichen Rücksichten zu nehmen hat, wie auf Kleinrentner. Die soziale Fürsorge gewährt ihre Hilfe in der Regel nur, wenn die Notlage mit der Dienstbeschädigung oder dem Verlust des Ernährers zusammenhängt; der Zusammenhang wird angenommen, soweit nicht das Gegenteil offenkundig oder nachgewiesen ist. Ziel dieser Fürsorge ist zunächst Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit des Beschädigten, um ihn dem Wirtschaftsleben zu erhalten, den Beschädigten sowie den Hinterbliebenen bei der Berufsbildung, bei der

Unterbringung und Erhaltung im Erwerbsleben beizustehen. Der Kriegerrwite ist die Fortführung ihres Hausstandes und die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder tunlichst aus eignen Kräften zu ermöglichen, den Kindern die Erlangung einer ihren Fähigkeiten angemessenen Lebensstellung zu erleichtern. Bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und der Art und des Umfangs der Hilfe ist entgegenkommend zu verfahren; dabei ist besonders auch der Aufwand für Erziehung und Erwerbsbefähigung von Kindern zu berücksichtigen, der den Anlagen der Kinder entspricht und nach der Lebenshaltung der Eltern berechnbar ist. Die Reichsgrundzüge stellen Mindestvorschriften dar. Die Länder können weitergehende Hilfsmassnahmen allgmein vorschreiben; sie können dabei für alle oder einzelne Gruppen der Hilfsbedürftigen den örtlichen Verhältnissen angepaßte Richtlinien aufstellen. P. Co.

Korrespondenzen

Emmerich a. Rh. Am 3. Januar fand unsere Hauptversammlung statt, die von 50 Proz. der Mitglieberschaft besucht war. Anstelle des bisherigen Vorsitzenden wurde der Senior der hiesigen Buchdrucker, Kollege Heinrich van Dier, gewählt. Der Kassenbestand konnte als gut bezeichnet werden. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch, auch in Zukunft die Versammlungen zahlreich zu besuchen.

Str. Köln a. Rh. Unsere am 11. Januar abgehaltene Hauptversammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Nachdem der Vorsitzende Jansen die Anwesenden begrüßt und die beiden ersten Tagesordnungspunkte „Geschäftliches“, „Aufnahme und Ausschluß“ ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte die Erhebung von 13 Kollegen, die 25 Jahre das Verbandsbanner hochgehalten haben. In heraldischen Worten gedachte der Vorsitzende der Jubilare, diese den jüngeren Kollegen als Vorbild treuer Pflichterfüllung dem Verbands gegenüber hinstellend. Sein Hoch auf die Jubilare fand spontanen Widerhall. Seitens des Gauvorstandes beklümmerte Kollege Löschnert, seitens des Gesangsvereins „Gutenberg“ Kollege G. Bongard die Jubilare. Männerchor des „Gutenbergs“ und Lieder der Sopranistin Fräulein Diane Schapira verschönerten wesentlich den Festakt. Sodann erstattete der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Hierauf gab Kollege Friedrichs noch einen Bericht über eine Konferenz der Lehrlingsorganisationsleiter des Gauces Rheinland-Westfalen und machte gleichzeitig bekannt, daß auf dieser Konferenz beschlossen worden sei, den ersten Sunabuchdruckerstag Pfingsten 1925 in Köln abzuhalten. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Die bisherigen Mitgliebers wurden durch Zuruf einstimmig wiedergewählt, ebenso ein ausweichender Kassenprüfer.

Köln, (Maschinenseher.) Am 10. Januar fand unsere von 60 Kollegen besuchte Generalversammlung statt. In dem Jahresbericht hob Vorsitzender Strakmann hervor, daß sich der Versammlungsbesuch noch bessern müßte, denn die im vergangenen Jahr abgehaltenen elf Versammlungen hätten im Durchschnitt nur eine Besucherzahl von 35 Proz. der Mitglieberschaft aufgewiesen. Der Kassenbestand betrug Ende Dezember 1924 144 Goldmark, Mitgliebersbestand 173. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, nur der Schriftführerposten wurde neu besetzt. Als Kandidaten für den Gauvorstand werden der in Sagen 1. W. am 1. Februar stattfindenden Versammlung der Gauvereinsung mit nur einer Ausnahme die bisher amtierenden Kollegen vorgeschlagen. Der Spartenbeitrag wurde auf 1 M. monatlich erhöht.

Allgemeine Rundschau

Nachmals die Bestellung des „Korr.“ betreffend. Auf unsern Hinweis in Nr. 5, daß das Bestellgeld für den „Korr.“ 12 Pf. beträgt, gehen uns von verschiedenen Seiten Mitteilungen zu, wonach bei verschiedenen Postämtern das Bestellgeld auch bei Bestellung von mehreren Exemplaren von vornherein auf 15 Pf. aufgerundet wird. Dies ist nicht richtig. Die Aufrechnung erfolgt erst nach der Summierung, wenn Beträge unter 5 Pf. übrigbleiben (also bei 7 Exemplaren $7 \times 12 = 84$ Pf., aufgerundet 85 Pf.). Diese Auskunft erhielten wir auf Anfrage vom Leipziger Zeitungspostamt sowie von der Leipziger Zeitungsbestellstelle. Wir bitten, in Streitfällen auf diese Auskunft des Leipziger Zeitungspostamts zu verweisen.

Wettbewerbsresultat. In dem vom Hauptfestauschuß für das 10. Bayerische Arbeiterfängerbundesfest in Nürnberg, Pfingsten 1925, erlassenen Wettbewerb zur Erlangung eines künstlerisch und werbetchnisch einwandfreien Festplakates wurde dem Kollegen Anton Leiding (Nürnberg) für seine Arbeit mit dem Kennwort: „Arbeit, Gesang, Moris“ der erste Preis zuerkannt. Kollege Hans Lindenberger (Nürnberg) erhielt den zweiten Preis.

Ein eigenartiger Hifferuf. Der Wiener „Vorwärts“, das Verbandsorgan unserer österreichischen Kollegen, enthielt in seiner Nummer vom 16. Januar einen Appell des Professors Richard Niel zur Mit Hilfe beim Zustandekommen eines „Sachtechnischen Taschenlexikons“. Der Genannte ist Professor an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt (Bundesanstalt) und Sachlehrer an der Böhmlischen Fortbildungsschule für Buchdrucker und Schriftgießer in Wien. Er bittet uns, seinen Appell auch den reichsdeutschen Kollegen zur Kenntnis zu bringen, was hiermit geschieht: „Die gesamte Kollegenchaft wird höflichst davon verständigt, daß die Vorarbeiten zum Wiederausgeben des „Sachtechnischen Taschenlexikons“ fertig sind. Nachdem mir aber das Geld für die Drucklegung und den Buchbinder fehlt, habe ich mir folgenden Plan zurückgelegt, der auf dem Zusammenarbeiten aller Kollegen beruht. Die wichtigsten Punkte sind folgende: Jeder Kollege, der sich für das Buch interessiert,

verpflichtet sich durch seine Unterschrift auf einer Druckerliste, in den ersten zwei Wochen je 10 000 Kr., in den folgenden Wochen 5000 Kr. pünktlich zu zahlen. Die Druckerlistassierer liefern das Geld an mich ab. Die ersten zwei Raten sind deshalb doppelt, weil doch das Papier auf einmal beschafft werden muß. Die erste Rate ist am 17. Januar fällig. Ein Exemplar stellt sich broschiert auf 80 000 Kr. (5,50 Goldmark, eventuell in Raten). Ende Juni würde das Buch erscheinen. Ich bitte die Herren Druckerlistassierer in Anbetracht der nützlichen Sache, diese Belastung auf sich zu nehmen und danke im vorhinein für ihre Mühe. In den Provinzorten wird sich gewiß auch eine Zentrale finden, von der aus einheitlich vorgegangen wird (ich denke zum Beispiel an die graphischen Gesellschäften). Was das Buch selbst betrifft, so wird es schätzungsweise 1000 Seiten umfassen, also ungefähr um die Hälfte mehr, als die erste Auflage. Diese wurde derart umgearbeitet, daß sie nach Erscheinen der zweiten Auflage nahezu wertlos wird. Der Schriftsatz wurde ganz neu und mit vielen Zeichnungen versehen, einverleibt. Das Wesentlichste von den wichtigsten Reproduktionstechniken wurde berücksichtigt. In der Erwartung, daß diese Mitteilungen im Kollegenkreise allseits Freude erwecken werden, weiter, daß mein Vorgehen als das einzig denkbare gewertet wird, wünsche ich nur noch, daß recht viele Kollegen diese günstige Gelegenheit ausnützen und sich auf so bequeme Art ein Buch schaffen, das ihnen in allen Fällen ein guter sachlicher Berater sein wird. Zum Schluß danke ich schon heute allen Subskribenten, denn ihnen wird es zur Ehre gereichen, das Erscheinen des Buches ermöglicht zu haben. Professor Richard Niel.“ Es ist zweifellos ein höchst ungewöhnlicher Weg, den der aus Buchdruckerkreisen hervorgegangene Fachgelehrte mit seinem Appell an die Gesellschäften einschlägt. Aber es blieb ihm jedenfalls kein anderer Ausweg übrig, um sein gewerbedienstliches Buch herauszubringen. Auch deutsche Kollegen, die Interesse an dem angekündigten Buche haben, werden gebeten, die gute Sache nach Kräften zu unterstützen. Gelder sind an die Adresse Professor Richard Niel, Wien VII, Westbahnstraße 25, oder an das österreichische Postfachkonto 164 823 zu richten. Die Zusendung des Buches an die anzugebende Adresse ist in den Betrag von 5,50 M. mit eingerechnet.

Subskriptionsstiftung des Buchhändlerbörsenvereins. Anlässlich der Feier seines 100jährigen Bestehens (Kantate 1925) werden vom Börsenverein der Deutschen Buchhändler eine Reihe von Veranstaltungen geplant. Insbesondere soll ein von Meisterhand geschaffenes Ehrenmal zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Buchhändler vor dem Leipziger Buchhändlerhaufe errichtet werden. Der Börsenverein will aber sein Jubiläum nicht vorübergehen lassen, ohne auch jener Berufs-kollegen und Angehörigen zu gedenken, die durch die Härte der Zeit schwer bedrängt sind. Zu diesem Zwecke wendet er sich mit einem Aufruf an den deutschen Buchhandel des In- und Auslandes zur Beteiligung an einer Subskriptionsstiftung zugunsten buchhändlerischer Wohlfahrtsanstaltungen.

ist das nicht seltsam? Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht Fritz Kummer, der Schriftleiter der „Metallarbeiterzeitung“, eine Reihe von Beispielen aus dem Leben, über die es sich lohnt, etwas tiefer nachzudenken: Wenn du einen Mann mit einer Bierflasche auf den Kopf schlägst und er daran stirbt, bist du ein Mörder. Wenn aber ein Dukend geschneidelter Scharfen Millionen Menschen dazu bringen, sich gegenseitig totzuschlagen wegen Erzläger oder Kohlenfelder, so ist das ein heiliger Krieg, und seine Urheber bekommen Orden und Ehrenstellungen. Wenn du mir meine Uhr — die einen Wert von vielleicht 3 M. hat — stiehlst, bist du ein Dieb. Wenn du aber darin erfolgreich bist, Ahren, die einen wirklichen Wert von 3 M. haben, für 30 M. zu verkaufen, bist du ein tüchtiger Geschäftsmann. Wenn du für Miltenbrunn eintrittst, die zwölf Stunden im Tag für ein Trinkgeld ausgebeutet worden, bist du ein bezahlter Agitator, ein Arbeitergroßenverschwender, ein Futtertruppeninhaber. Wenn du aber keinen Handreich nützliche Arbeit tust und die Arbeiter um ihre sauer verdienten Groschen prellst und vom Lohndiebstahl großzügig lebst, bist du ein Träger der nationalen Wirtschaft, die Minister neigen sich vor dir und die Türen der Gesellschaft stehen dir weit offen. Wenn du den Inhalt der kapitalistischen Presse und ihre zu Ruh und Frommen der großen Geschäftemacher gestauchten Nachrichten als Evangelium nimmst, wirst du als ein politisch kluger Mann gefeiert. Wenn du aber diese Presse kritisch musterst und dir ein eigenes Urteil zu bilden dich bemühest, bist du eine verdächtige Person. Wenn du versuchst, deine Arbeitskraft zurückzubekommen, um ein paar Groschen mehr Lohn für dich und ein paar Bissen mehr Brot für deine Kinder zu erlangen, bist du ein Bolschewist. Wenn du aber im Kriege wichtige Rohstoffe ins Ausland verschickst oder Lebensmittel so lange zurückhältst, bis Anreizpreise gezahlt werden, so bist du ein großer Wirtschaftsführer, wirst du den Staatserhaltenden geredet und von der Regierung als Sachverständiger bevorzugt. Wenn du die Kriegsschuld der Kriegserbener und die erbärmliche Unfähigkeit der Regierungen, den Frieden zu wahren, aufzeigst, bist du ein Dolchstößer. Solange du aber mit der von Schwerindustrieellen Silberlingen bezahlten Meute heult und ausschreit, es habe niemals uneigennützigere Leute als die Kriegslieferanten gegeben und die eigne Regierung habe nie ein Wässerchen getrübt, dann bist du ein wahrer Patriot.

„Preisfreiheit“ in Sowjetrußland. Ein Mitglied der englischen Gewerkschaftsdelegation, John Turner, ein bekannter sozialistischer Gewerkschaftsführer, der zusammen mit Purcell, Ben Tillet usw. gegen Ende vorigen Jahres in Rußland war, veröffentlichte im Bulletin des Vereinigten Komitees zum Schutze der in Rußland verhafteten Revolutionäre einen Bericht, worin er unüberläßt die Verhältnisse in Rußland so schildert, wie sie in Wirklichkeit sind. Wir beschränken uns darauf, hier lediglich die Entdrückte wiederzugeben; die sich dem Sozialistatler bezüglich der in Sowjetrußland herrschenden „Freiheit“ in Schrift und Wort aufgedrängt haben. Er schreibt darüber: „Es gibt in Rußland

keine freie Presse, wie es verstanden wird im Westen Europas und in Amerika; das, was in diesen Ländern als unabhängige, harmlose Zeitungen betrachtet wird, ist tatsächlich unmöglich in Russland zu veröffentlichen. Die Zensur ist sehr streng selbst gegenüber den Publikationen, die einer kommunistischen Charakter zu tragen scheinen. Zur Illustration wurde mir berichtet, daß während des Jahres 1923 in Moskau eine unabhängige Zeitschrift herausgegeben war. Sie behandelte hauptsächlich Fragen der Gewerkschaftsbewegung, der Kooperativen und der Ethik. Die Tatsache des Erscheinens einer unabhängigen Zeitschrift führte dazu, daß von ihrer zweiten Nummer 45 000 Exemplare verkauft worden sind. Die dritte Nummer passierte die Zensur, aber die Sowjetregierung wurde unruhig und die Polizei überfiel die Druckerei, konfiszierte die schon von der Zensur genehmigten gedruckten Exemplare und versiegelte die Druckerei. Einen Monat später drang die Polizei in die Druckerei ein und schleppte die Druckmaschinen weg. Keiner wurde verhaftet, keine Erklärung wurde abgegeben. Auf meine Frage: warum denn der Herausgeber der Zeitung keine Erklärung forderte, wurde nur geantwortet, daß die Genossen von der Erfahrung her wissen, daß in solchem Falle sie wahrscheinlich verhaftet werden unter dem Vorwand, daß man sie unterdrücken müsse. In solchen Fällen müßten sie endlos verhaftet bleiben in Erwartung des Abschlusses der Untersuchung gegen sie. Soweit ich ermitteln konnte, existiert in Russland keine Freiheit des Wortes oder der Versammlung für irgend jemand, außer den ordentlichen Sowjetbehörden, die sich unter der Aufsicht der kommunistischen Partei befinden. Es ist mir nicht genügend klar, ob diese Behörden selbst die Freiheit des Wortes und der Versammlung genehmigen oder auch sie irgendeine Erlaubnis erhalten müssen. Es ist wirklich allerhand, was nach und nach über die Knutenherrschaft in Sowjetrußland von einwandfreien Stellen bekannt wird. Eine Staatsmacht, die sich auf derartige Gewaltmittel stützt, muß auf sehr wackeligem Boden stehen.

Literarisches

„Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in den Jahren 1922-1924.“ Amsterdam 1924. Dritte Auflage. 392 Seiten. Internationaler Gewerkschaftsbund in Amsterdam. Kommissionsverlag in Deutschland: Verlagsgesellschaft des A.G.V., G. m. b. H., Berlin S. 14. Preis 4 M. Das Buch gibt ein übersichtliches Bild dessen, was im Laufe der letzten Jahre auf dem Gebiete der internationalen Gewerkschaftsbewegung geleistet wurde. Da die Schrift überdies die authentischen Berichte und Mitteilungen bekannter Führer enthält, wird sie auch als Nachschlagebuch für Referenten zweifellos gute Dienste leisten. Das Buch ist ein Stück Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung und dadurch zugleich ein Stück Geschichte der modernen Arbeiterbewegung überhaupt und es sollte deshalb auch in die Hände einer möglichst großen Zahl auch deutscher Gewerkschafter gelangen. Sicherlich wird die Verbreitung dieser Schrift in den meisten Gewerkschaftskreisen auch in Deutschland dazu beitragen, das Verständnis für die Bedeutung des internationalen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu erhöhen.

Briefkasten

H. M. in E.: Karl Schmid, Leipzig-Röhmig, Röhmische Straße 12. — **M. M. in Odenhausen b. M.:** Sie meinen anscheinend die „Schweizer Graphischen Mitteilungen“, Herausgeber Aug. Müller in Et. Collen. Bei Postbezug halbjährlich 5,30 M. — **J. K. in Schw.:** Haben Ihre Beschwerde an die betreffende Firma weitergegeben. — **Fr. Sp. in Br.:** Inf. 350; 2,85 M.

Verbandsnachrichten

Mannheim. Vor Annahme von Kondition bei der Firma „Kernheimer & Zieger“ (Martin) in Rietheim ist unbedingt kein Gau- oder Bezirksvorstand anzufragen. Da diese Firma aus bestimmten Gründen aus der Umgebung keine Gehilfen mehr bekommt, sucht sie solche nun außerhalb. Also Vorsicht!

Stettin. Der Leiter Kurt Stoepfer (Hauptkassennummer 128 101) wird hiermit aufgefordert, seine Karte umgehend an den Kassierer Carl Wötter, Weberstraße 14, zu senden, widrigenfalls Ausschluß erfolgt. Die Funktionäre werden gebeten, Stoepfer auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau Berlin die Sekr. 1. Richard Womatz geb. in Berlin 1887, ausgel. in Heider 1905; 2. Karl Arnoldt, geb. in Berlin 1904, ausgel. das. 1923; 3. Albert Benz, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 4. Hans Berger, geb. in Berlin 1903, ausgel. das. 1922; 5. Kurt Bewersdorff, geb. in Althow 1902, ausgel. in Berlin 1920; 6. Erich Bionste, geb. in Belgard i. P. 1887, ausgel. in Berlin 1905; 7. Karl Brodt, geb. in Berlin 1901, ausgel. das. 1923; 8. Otto Buchardt, geb. in Amberg 1903, ausgel. in Charlottenburg 1922; 9. Erich Buriß, geb. in Berlin 1903, ausgel. das. 1921; 10. Erich Czoch, geb. in Berlin 1900, ausgel. in Rehdorf 1919; 11. Reinhold Dembeck, geb. in Berlin 1902, ausgel. das. 1920; 12. Joseph Deutich, geb. in Berlin 1903, ausgel. das. 1921; 13. Otto Gall, geb. in Berlin 1884, ausgel. das. 1903; 14. Otto Goppel, geb. in Wuzen 1837, ausgel. in Weissenfels 1916;

15. Karl Göthe, geb. in Krüthenwade 1890, ausgel. das. 1904; 16. Herbert Gottmann, geb. in Charlottenburg 1903, ausgel. das. 1920; 17. Oswald Graf, geb. in Altenfeld (Wern) 1888, ausgel. in Gern (Haren) 1907; 18. Walter Grell, geb. in Grünberg i. Schl. 1903, ausgel. das. 1922; 19. Michael Grechinski, geb. in Wogtew 1900, ausgel. das. 1903; 20. Wilhelm Grofent, geb. in Berlin 1895, ausgel. das. 1913; 21. Artur Gröblich, geb. in Berlin 1901, ausgel. das. 1923; 22. Fritz Seltrich, geb. in Berlin 1901, ausgel. das. 1922; 23. Richard Hertina, geb. in Schöneberg 1904, ausgel. in Berlin 1922; 24. Paul Israel, geb. in Dresden-Bieschen 1900, ausgel. in Berlin 1919; 25. Alfred Jacob, geb. in Seelowitz (St. W.) 1900, ausgel. in Klosterlausitz 1918; 26. Paul Komor, geb. in Berlin 1901, ausgel. das. 1922; 27. Paul Komor, geb. in Berlin 1895, ausgel. das. 1919; 28. Fritz Kutsche, geb. in Straußberg 1903, ausgel. das. 1921; 29. Erich Laß, geb. in Neuenhof (Mügen) 1900, ausgel. in Lubus 1918; 30. Georg Lehmann, geb. in Berlin 1885, ausgel. das. 1913; 31. Max Lepelt, geb. in Götzenhof 1876, ausgel. in Mühlentrieb 1893; 32. Kurt Wladeta, geb. in Berlin 1902, ausgel. in Trebitz 1921; 33. Ernst Märtzer, geb. in Wittgenberg 1887, ausgel. in Berlin 1924; 34. Emil Müller, geb. in Berlin 1871, ausgel. das. 1893; 35. Werner Döhl, geb. in Berlin 1901, ausgel. in Schöneberg 1923; 36. Eduard Pauer, geb. in Reitzsch bei Dresden 1904, ausgel. in Berlin 1923; 37. Eduard Perlewit, geb. in Berlin 1904, ausgel. das. 1921; 38. Bruno Petere, geb. in Berlin 1902, ausgel. das. 1921; 39. Karl Pöhl, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 40. Erich Priemer, geb. in Leipzig-Thonberg 1902, ausgel. in Woldeburg 1921; 41. Erich Priemer, geb. in Straßburg 1888, ausgel. das. 1910; 42. Hans Rasthoffer, geb. in Gletow 1890, ausgel. in Hratow 1909; 43. Willi Reimann, geb. in Berlin 1894, ausgel. das. 1916; 44. Oswald Kempf, geb. in Berlin 1891, ausgel. das. 1912; 45. Richard Seemann, geb. in Mittenwade 1902, ausgel. das. 1921; 46. Richard Seemann, geb. in Charlottenburg 1906, ausgel. in Schöneberg 1919; 47. Friedrich Schaffarczyk, geb. in Wilmersdorf 1902, ausgel. in Berlin 1920; 48. Erich Schön, geb. in Berlin 1898, ausgel. das. 1916; 49. Erwin Schölk, geb. in Gletow 1912, ausgel. das. 1921; 50. Hans Schmid, geb. in Berlin 1902, ausgel. das. 1920; 51. Alfred Staar, geb. in Berlin 1891, ausgel. das. 1912; 52. Franz Strauß, geb. in Kölln 1887, ausgel. das. 1915; 53. Hermann Taffel, geb. in Berlin 1874, ausgel. in Starag 1904; 54. Otto Thierste, geb. in Berlin 1901, ausgel. das. 1922; 55. Hermann Wob, geb. in Hofen 1888, ausgel. in Friedenberg 1919; 56. Max Wittkop, geb. in Berlin 1898, ausgel. das. 1917; 57. Walter Wulfenweber, geb. in Weiskes 1901, ausgel. in Berlin 1920; 58. Paul Wulfenweber, geb. in Spandau 1896, ausgel. das. 1914; 59. Erich Beck, geb. in Berlin 1901, ausgel. das. 1910; 60. Karl Borkmann, geb. in Berlin 1891, ausgel. das. 1912; 61. Richard Breisch, geb. in Dresden 1902, ausgel. in Berlin 1920; 62. Max Buntowski, geb. in Wöfen (Lthp.) 1901, ausgel. das. 1920; 63. Palmar Carlsen, geb. in Kopenhagen 1883, ausgel. das. 1903; 64. Kurt Cebula, geb. in Weiskes 1891, ausgel. das. 1913; 65. Max Diehoff, geb. in Hpolda 1899, ausgel. in Berlin 1919; 66. Erich Dorn, geb. in Berlin 1905, ausgel. das. 1921; 67. Erich Gerlach, geb. in Berlin 1898, ausgel. das. 1910; 68. Walter Gnaud, geb. in Friedland 1894, ausgel. in Berlin 1912; 69. Paul Gubert, geb. in Charlottenburg 1903, ausgel. in Berlin 1921; 70. Richard Gutschmann, geb. in Berlin 1876, ausgel. das. 1890; 71. Horst Hamann, geb. in Berlin 1905, ausgel. das. 1923; 72. Reinhold Heine, geb. in Berlin 1901, ausgel. das. 1900; 73. Helmut Hiller, geb. in Weiskes 1903, ausgel. in Berlin 1922; 74. Erich Hirschfelder, geb. in Berlin 1901, ausgel. in Wilmersdorf 1920; 75. Franz Hübner, geb. in Striehow 1895, ausgel. in Berlin 1913; 76. Walter Karp, geb. in Pantow 1903, ausgel. in Berlin 1921; 77. Walter Schach, geb. in Wessau 1902, ausgel. in Berlin 1921; 78. Fritz Seib, geb. in Wilmersdorf 1880, ausgel. in Schöneberg 1904; 79. Walter Schlegel, geb. in Berlin 1908, ausgel. in Berlin 1921; 80. Bruno Schulte, geb. in Kollndorf 1896, ausgel. in Luckenwalde 1913; 81. Otto Schulte, geb. in Kollndorf 1896, ausgel. in Berlin 1919; 82. Fritz Schürula, geb. in Gletow 1895, ausgel. in Berlin 1913; 83. Siegfried Schürula, geb. in Bernau 1888, ausgel. in Jossen 1907; 84. Richard Wölfler, geb. in Fritsch 1900, ausgel. das. 1919; 85. Der Wicker Franz Schürula, geb. in Köthen (Anhalt) 1883, ausgel. in Berlin 1902; 86. Der Gasanoplatzer Otto Wölfler, geb. in Berlin 1884, ausgel. in Berlin 1903; 87. Der Gewerkschafter Adolf Wölfler, geb. in Berlin 1887, ausgel. das. 1906; waren schon Mitglieder. — R. Braun in Berlin SO 10, Engelsufer 21.

Veranstaltungskalender

Wiesfeld. Bezirkshauptversammlung Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 2 Uhr, in der „Eisenhütte“, Marktstraße 8. — Anträge bis 4. Februar.

Breslau. Bezirksmänner- und Druckerkassenvereinsversammlung Dienstag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Dormund. Bezirksversammlung Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Raken“ (großer Saal), Hansstraße.

Gau Frankfurt-Hessen. Bezirksvorsitzerkonferenz Sonntag, den 26. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gaudereau zu Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51, III.

Frankfurt a. M.-Odenbach. Maschinenmüller-Jahreshauptversammlung Sonntag, den 1. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Süngerheim“, Heiligkreuzstraße 20.

Halle a. d. S. Maschinenvereinsversammlung Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Frankfurter“, Gr. Müderstraße.

Hamburg. Maschinenvereinsgeneralversammlung Sonntag, den 1. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (kleiner Partieresaal), Eingang Torweg rechts.

Hildesheim. Generalversammlung Sonnabend den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des „Gewerkschaftshaus“.

Köln. Maschinenvereinsgeneralversammlung (Gau Rheinland-Westfalen) Sonntag, den 1. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Sausa-Restaurant“ in Hagen i. W., Köhnerstraße 11.

Mannheim. Bezirksgeneralversammlung Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 2 Uhr, im „Eichbaum“ (oberer Saal).

Planen i. B. Maschinenvereinsgeneralversammlung Sonntag, den 1. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“, Pausenstraße.

Anzeigengebühr: Die sechsgepaltene Seite 15 Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmestellen: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächstfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postcheck (Leipzig Nr. 6132).

Tüchtige Metzeure sowie mehrere Handseker

mit der Verarbeitung von Maschinenfabrik vollständig vertraut, stellt sofort ein. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten. 234

Julius Beck, Langensalza.

Schriftseker

Wichtig in Walden, Werk- und Tabellenfabrik, sofort gesucht. Bei Zustellung folgenden Leistungen angenehme Dauerstellung. 232

F. Carl Wilhelm Herr. Gießen.

Mehrere tüchtige Akzidenzseker

in Dauerstellung zum sofortigen Eintritt gesucht. 237

Buchdruckerei J. P. Walther, Mannheim D. C. 4, 5.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt mehrere tüchtige

Akzidenz- und Inseratenseker

Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Arbeitsmuster erbeten an

Druckereigesellschaft Hartung & Co. m. b. H., Hamburg 25, Borgfelder Straße 28. 234

Hausdruckerei

einer großen Leipziger Maschinenfabrik sucht

tüchtigen Akzidenzseker

in dauernde, gutbezahlte Stellung.

Direkten mit Musterarbeiten unter Nr. 286 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Röhlstraße 7, erbeten.

Tüchtige Werkseker

für sofort gesucht.

Gottsc. Päß, Buchdruckerei, Naumburg a. d. S., Wenzelspromenade 5. 234

Erfahrene, tüchtige Schnellpressendruker

für Illustrations-, Werk- und Plattendruck zu sofortigen Eintritt in Dauerstellung nach Weisungen gesucht. Es wollen sich nur erstklassige Kräfte melden.

Direkten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter Nr. 243 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Leipziger Korrektorenverein
Montag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Goldenen Ege“, Dresdener Straße:
Hauptversammlung
Tagesordnung in den „Saumittelungen“ [298]
Jeder Betrieb Sorge für Vertretung. Der Vorstand.

Tüchtiger Linotypsetzer
mit längerer Praxis zu baldigem Eintritt gesucht. [246]
„Duisburger Volkzeitung“, Duisburg.

Erfahrener Typographsetzer
für U-N-Maschine in angenehme Dauerstellung sofort gesucht. Guter Lohn, freie Eisenbahnfahrt, Zimmerbeheizung. Ausführl. Angebote erbeten. [291]
Kellmann & Co., Hamm i. W.

Typographsetzer
für U-N-Maschine mit Winkler-Helium für besten Werkstoff in dauernder, angenehmer Stellung gesucht. [278]
Angebote erbeten
Karl Kelsch, Buchdruckerei, Köstlich i. Thür.

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt einen **ersten Maschinensetzer**
für Linotype, der nicht allein flott und korrekt im Satz, sondern auch besser Maschinenkennner sein muß, um alle vorkommenden Störungen an den vorhandenen vier Linotypenmaschinen selbständig beheben zu können. Die Stellung ist angenehm und bei zufriedenstellenden Leistungen dauernd. Angebote unter Verschließung von Zeugnisabschriften und Angabe der Lohnforderung erbeten. [253]
„Samberger Tagblatt“, Samberg.

Monotypsetzer
(C-Taster), durchaus erfahren, mit längerer Praxis, für sofort gesucht. Guter Lohn, freie Eisenbahnfahrt, Zimmerbeheizung. Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen und Angabe des Eintrittstages an [306]
Fr. Wilh. Kuhfus, Dortmund.

Für eine König- & Bauersche Illustrations-Rotationsmaschine wird ein **tüchtiger zweiter Maschinensetzer**
gesucht. Jüngere Kraft. Bedingung ist, daß derselbe bereits an einer solchen Maschine längere Zeit praktisch tätig war. Offerten an die [216]
E. Hubersche Buchdruckerei, München, Schönfeldstraße 12.

Illustrationsmaschinenmeister
gute, selbständige Kraft, sauberer Arbeiter, für beste Industriearbeiten zum sofortigen Eintritt in angenehme, gut bezahlte Stellung gesucht. Herren aus großen Betrieben erhalten den Vorzug. [287]
Bewerbungen mit Gehaltsforderung und Zeugnisabschriften erbeten an
Kosmann & Reiber, Görlitz.

Wir suchen zu sofort einen **tüchtigen Seherstereotypur**
bei guter Bezahlung und achtstündiger Arbeitszeit. [295]
„Vollstetend“ (Organ der SPD.), Becklinghausen i. W.

Tüchtiger Galvanoplastiker
(Bäcker) sowie ein **versetzter Flachstereotypur**
zu baldigem Eintritt gesucht. [260]
Eustav Hess, Abteilung der Bauerschen Sieberei, Frankfurt a. M. W 13.

Architekt
(Typographischer)
guter Zeichner und Entwerfer, mit Kenntnissen in allen Zweigen der Graphik (längere Chemigraphiepraxis), wünscht arbeitsreichen Posten. Familienwohnung erwünscht. (Alteinst.-Westfalen).
Angebote unter Nr. 204 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Tüchtiger, strebsamer, 24-jähriger Akzidenzsetzer
(auch für besseren Insetzensatz) wünscht sich nach Köln zu verändern. Gest. Angebote unter Nr. 281 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Jüngerer Typographsetzer
Modell B, sucht Stellung, eventuell wo er sich an der Linotype ausbilden kann. Befindet sich in ungel. Stellung. Offerten mit genauer Lohnangabe unter F. R. 277 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Obermaschinenmeister
Druckereifaktor
jüngliche Praxis, Meister, erste Kraft, umsichtig, gefeierten Alters, Spezialist in feinstem Akzidenz-, Werks-, Illustrations- und Farbendruck; beste Maschinenkenntnisse, Apparate-, Flach- und Rotations-, Garantie für 10 Qualitätsarbeiten, sucht sich in günstiger Stellung und gutes Haus zu verändern. Gest. Offerten unter Nr. 273 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Tüchtiger Seher
(Däne), früher in Deutschland gearbeitet, sucht Stellung. Angebots werden höflich erbeten unter „Nr. 123“, Typographenbund, Kopenhagen, Vestergade 6. [152]

Schriftleiter
FÜR DIE MASCHINENTECHNISCHE AUSGABE DER „T.-M.“ GESUCHT
Bedingung: Vorzüglicher Stilist, durchaus erfahrener Praktiker, vertraut mit Maschinenkunde u. Betriebswillenshaft
Bewerbung: Lebenslauf, Abhandlung über das Aufgabengebiet des maschinentechnischen Organs
Einfendungsstermin: 28. Februar 1925
BILDUNGSVERBAND DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER LEIPZIG / SALOMONSTRASSE NR. 8

Tüchtiger Schriftsetzer
für Werke, Tabellen- und besseren Insetzensatz gesucht. Buchdruckerei [285]
Dr. S. P. Daitzer & Co., München-Freising.

Tüchtigen Insetzensetzer
sollt sofort ein. [274]
E. Vogt, Ohlau i. Schles.

Tüchtige Werksetzer
finden bei uns Stellung. Eintritt möglichst sofort. [225]
Pierersche Hofbuchdruckerei, Stephan Geibel & Co., Altenburg i. Thür.

Tüchtige, flotte Schriftsetzer
gegen überaus hohen Lohn sofort gesucht. [230]
Heynes Buchdruckerei, S. Niedenbahn, Braunsberg, Ostpreußen.

Tüchtiger Seher
für Akzidenz- und Werksatz nach schönem Städtchen Ostpreußen sofort gesucht. (Slawische Sprachkenntnisse erwünscht, aber nicht Bedingung.) [204]
Angebote an P. Meyner, Leipzig-Göltz, Wasserturmstraße 25 I. [201]

Notensetzer
zum sofortigen Eintritt sucht Schmalers Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung, c. e. m. b. h., Lauban.

Schriftsetzer
für besseren Werkstoff, Bezahlung über Tarif, in Dauerstellung gesucht. [301]
Walter de Gruyter & Co., Trebbin (Kreis Teltow).

Tüchtiger Linotypsetzer
(Ideal), guter Maschinenkennner, für Doppelschicht sofort gesucht. Lohn über Tarif. [276]
„Pfalzpresse“, Druckerei und Verlag, c. m. b. h., Zweibrücken.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen zuverlässigen **Linotypsetzer**
Fahrgelddarstellung; möbliestes Zimmer wird auf Wunsch besorgt. Bewerbungen erbeten „Cottbusser Anzeiger“, Cottbus. [241]

Typographsetzer
für A-Maschine zum 1. Februar gesucht. Für gute Wohnung und gutes Kosthaus wird gegolgt. Erlangebote erbeten. [133]
S. Buddenberg Nachf., Inhaber R. Kleinert, Quakenbrück.

Mehrere Maschinensetzer
für Typograph U-B gesucht. C. E. Naumann, c. m. b. h., Leipzig, Seeburgstraße 57.

Wir suchen zum baldigsten Eintritt geschulte **Monotypsetzer**
C- oder D-Taster. [262]
Bewerbungen mit Lohnansprüchen und Angabe früherer Stellungen (insgl. mit Zeugnisabschriften) umgehend an Piecersche Hofbuchdruckerei, Stephan Geibel & Co., Altenburg i. Thür.

Tüchtiger Schweizerdegen
findet sof. dauernde Stellung. „Dithmarscher Landbote“, Nordseebad Bismum.

Ich suche in Dauerstelle noch einen **tüchtigen Maschinenmeister**
besonders erfahren in bestem Werk- und Plattendruck, mit Königlichem od. Universitäts-Anleger vertraut. Angebote erbeten von Herren, die den gestellten Anforderungen entsprechen und auf Dauerstelle Wert legen. S. E. Haas, Melle i. Hann.

Zu sofort in Dauerstellung gesucht ein wirklich strebsamer **Schweizerdegen**
mit guten Leistungen in Satz und Druck. Gest. Angebote mit Zeugnisabschriften an „Dramstedter Nachrichten“, Bad Dramstedt (Helmstedt).
Wilh. Verlag d. Bildungsverbandes d. Deutsch. Buchdruck. Leipzig, Salomonstraße 8.

Tüchtigen Monotypsetzer
sucht Oscar Brandstetter, Leipzig. [299]

Messinglinien-
hobler und -besetzer sucht C. Küger, Leipzig, Täubchenweg 23. [293]

Erfahrener, älterer Korrektor—Revisor
für wissenschaftliche Arbeiten (Spez.: Medizin), Sprachkennner, an gewissenhaftes, ruh. Arbeit. gem., sucht Stell. Angeb. erbet. unt. Nr. 303 an d. Geschäftsstelle dieses Wt., Leipzig, Könligsstraße 7, erbeten.

Typographsetzer
mit mehrl. Praxis, verh., sucht dauernde Stell. Eintritt sofort. Gest. Angebote unter Nr. 272 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Könligsstraße 7, erbeten.

Erfahrener, durchaus selbständiger Linotypsetzer
mit mehrl. Praxis, alle Möb., sucht sich sofort nur 1. Tagesarbeit zu veränd. Angebote an Otto Eckert, Innsbruck, Innstr. 40.

20-jähriger Stereotyp- und Rotationshilfsarbeiter sucht passende Beschäftigung als **Hilfsarbeiter**
in der Stereotypie oder Rotation. Gest. Angeb. unt. P. R. 283 an die Geschäftsstelle dieses Wt., Leipzig, Könligsstr. 7, erbeten.

Schriftlicher Aberrnunt Anzeigenerbetreuung
für führende Zeitungen in Schlesien oder Sachsen. Angebote erbeten unter Nr. 280 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Könligsstr. 7.

Gummidruckfach
Gummihaut, Bänderstift für Rotationsbänder, Messingdrabtblöcken liefert K. Siegl, München 9.

Werkzeugkasten
Werkz. f. Maschinenstr. und Seher empf. i. best. Dual. Roll. Max Voigt, Leipzig-Göltz, Papiermühlstr. 6 II. Preisl. fr.

Geldlotterie
zum Besten der Auslandsdeutschen in bar ohne Abzug Mark
150 000
Hauptgewinn 50 000
20 000
10 000
Ziehung: 12. Februar 1925

Lose a 3 M.
Porto und Liste 35 Pf. extra versendet auch unter Nachn.
Emil Stiller, Bankhaus Hamburg, Holzdam 37. [30]
Baldige Bestellung erwünscht!

Am 17. Januar verschied plötzlich und unerwartet unser langjähriges treues Mitglied, der Buchdruckereibesitzer
Alwin Schulz
im Alter von 65 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft Lubka. [300]

mit sechs Einteilungen 50 Pf. franko.
Zeilenmaß
C. Feib, Frankfurt a. M., Friedberger Landstraße 115.

Am 20. Januar verstarb nach kurzem Krankenlager an den Folgen eines Berufslidens unser werter Kollege, der Seher
Alto Weiß
aus Breslau, im Alter von 43 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird dem so früh Dahingegangenen bewahrt
Ortsverein Breslau.

Am 16. Januar verstarb unser lieber Kollege, der Seherinvalide
Franz Kreutner
aus Braunsberg, im 65. Lebensjahre. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [272]
Mitgliedschaft Kiel.

Wie uns jetzt erst bekannt wurde, verschied Mitte Dezember 1924 nach langem Leiden unser treues Mitglied, der Seher
Ernst Gerlach
aus Buschsee b. Reppen, im Alter von 35 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Bezirksverein Frankfurt a. S. O. [275]

Am 19. Januar verstarb nach kurzem Krankenlager an Lungenerkrankung der Kassierer unserer Gauervereingung, der Maschinensetzer
Freih. E. Wallborn
im 37. Lebensjahre. Es war uns ein lieber Kollege. Ehre seinem Andenken! Gernnith, 20. Januar. Maschinensetzervereinigung Gau Erzgebirge-Vogtland. [270]

Am 14. Januar verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Willi Köppler
im Alter von 50 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Kollegen der Spamerischen Buchdruckerei, Leipzig. [270]